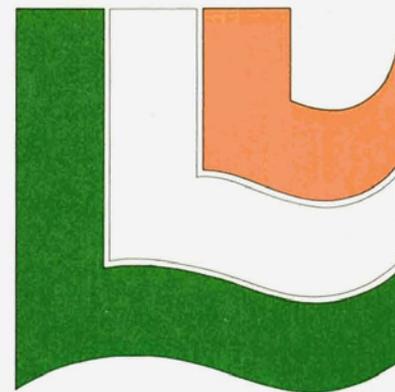


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 6



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 21. Jahrgang, 10. Wahlperiode, 27. 3. 1990

WORT UND WIDERWORT

Hat das pädagogische Konzept „Öffnung von Schule“ eine Chance?

Schule müsse sich veränderten Bedingungen durch ein erweitertes Schulverständnis stellen. Mit dem Programm „Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule“ hätten SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung einen Weg aufgezeigt, wie Schulen eigenständig und unverwechselbar Herausforderungen annehmen könnten. Deutlich sei schon jetzt, daß der nordrhein-westfälische Weg Ansätze liefere, wie mit der veränderten Kindheit, mit anderen Anforderungen an Lernen und Lehren umgegangen werden könne. Diese Auffassung vertritt die SPD-Abgeordnete **Brigitte Speth**. Der CDU-Abgeordnete **Herbert Reul** betont, das SPD-Konzept „Öffnung von Schule“ sei kein wissenschaftlich begründetes pädagogisches Konzept, sondern ein weiterer Versuch der Bildungslinien, Schule radikal zu verändern. Daß Schulen sich um Schulleben bemühten, sich der kommunalen Umwelt öffneten, werde längst praktiziert. Das neue SPD-Schulkonzept sei ein direkter Stoß gegen den Wissen vermittelnden Fachunterricht. Betroffenheit und Zufälligkeit zum didaktischen Konzept. Der F.D.P.-Abgeordnete **Rudolf Wickel** unterstreicht, die F.D.P. setze einer manipulierten Öffnung von Schule energischen Widerstand entgegen. Das pädagogische Konzept „Öffnung von Schule“ habe allein deshalb schon eine Chance, weil es offene Türen einrenne. Bereits die Mehrzahl der Schulen habe ihren Unterricht so weit geöffnet, daß die Schüler rechtzeitig mit der Lebenswirklichkeit vertraut gemacht würden. Der Nachmittag dürfe allerdings für junge Menschen nicht auch noch schulisch verplant werden. (Seite 2)

Viele Themen bei letztem Plenum in 10. Wahlperiode

Regierungserklärung und Schlußberichte

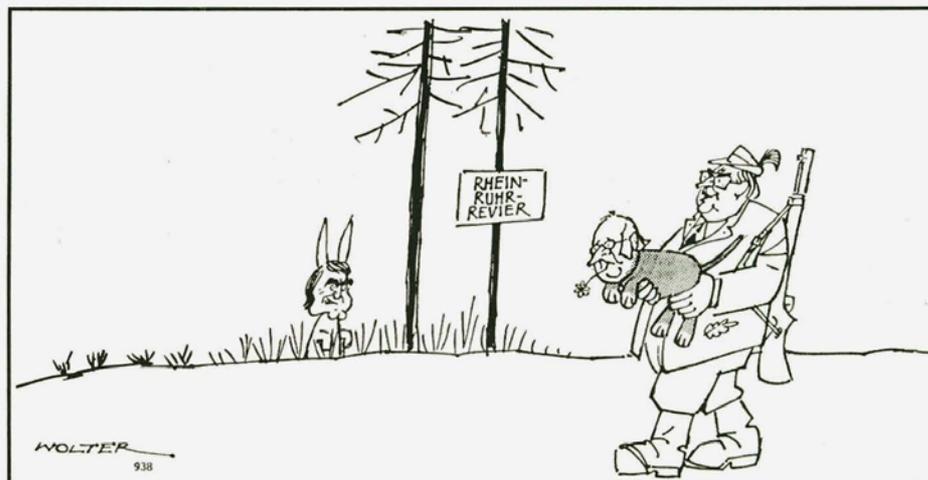
Die letzten Plenarsitzungen des Landtags in der 10. Legislaturperiode weisen großen Umfang aus.

Am Mittwoch, 28. März, 9 Uhr, stehen u. a. Regierungserklärung zur Kohle-, Energie- und Strukturpolitik, Aktuelle Stunde zu „Chancen für NRW aufgrund des Wahlergebnisses in der DDR“, Eingliederung von Aussiedlern, Treibhauseffekt, Einsetzung von Untersuchungsausschüssen, Weiterbildung, Verfassungs- und Datenschutz sowie Staatsvertrag „Fernsehkurzberichterstattung“ auf der Tagesordnung.

Am Donnerstag, 29. März, 9 Uhr, folgt eine Aktuelle Stunde zum Unterrichtsausfall. Es schließen sich der Abschlußbericht des Petitionsausschusses sowie die Aussprache über den Schlußbericht des III. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum „Gladbecker Geiseldrama“ an. Weitere Themen sind Familienpolitik, Autoverkehr 2000, Maßregelvollzug, Gesundheitserziehung, Rechtsradikalismus und Jugend, nachwachsende Rohstoffe, Kampf gegen Drogen, Krankenpflege und Hörgeschädigte.

Am Freitag, 30. März, 9 Uhr, stehen u. a. die

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zum Abschluß der 10. Wahlperiode, der Bericht des Präsidenten zur Arbeit des Parlaments und die Erhaltung der bundesstaatlichen Ordnung auf dem Programm.



„Auf, auf zum fröhlichen Jagen...“

Zeichnung: Wolter (Kölnische Rundschau)

Die Woche im Landtag

Hörfunkkette

Der WDR erhält die fünfte Hörfunkkette. Das beschloß der Hauptausschuß mit SPD-Mehrheit. (Seite 3)

Katharinenstraße

Die Landesregierung will in der Leipziger Katharinenstraße ein Haus für ein NRW-Büro anmieten. (Seite 4)

Stiftung

Eine Kommission des Kulturausschusses hat sich über Entwicklungen bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin informiert. (Seite 6)

Gewalt

Die Ursachen für Gewalt rund um Sportveranstaltungen haben Experten bei einem Hearing des Jugendausschusses analysiert. (Seite 10)

Kulturhoheit

Der nächste Kulturausschuß muß seinen Blick auf Europa richten. Aber die Kulturhoheit der Länder darf nicht angetastet werden. (Seite 11)

Juristenausbildung

Der Rechtsausschuß hat Sachverständige zu Reformüberlegungen bei der Juristenausbildung in den Mitgliedsstaaten der EG angehört. (Seite 12)

WORT UND WIDERWORT

Schulen bemühen sich um Öffnung zur kommunalen Umwelt

Von
Brigitte Speth

Schule ist mehr als eine Wissensfabrik, mehr als ein in sich geschlossenes System, das morgens lebt und nachmittags leer steht, mehr als eine Einrichtung, die nichts mit ihrem Stadtteil zu tun hat.

Klagen über Realitätsferne von Unterricht, über Schulstreß, über häufig aggressive Formen des Umgangs sind keine Symptome dafür, daß die Jugend von heute immer schlimmer wird. Vielmehr sind Kinder und Jugendliche aufgrund einer veränderten Lebenswelt einfach anders geworden: Immer mehr Kinder wachsen als Einzelkinder oder/und in Ein-Elternfamilien auf. Zunehmend sind beide Eltern berufstätig. Lebens- und Erfahrungsräume von Kindern werden immer stärker eingeschränkt. Kinder von heute sind Medienkinder. Die Wissensflut nimmt ständig zu. Ganzheitliches Erfassen von Phänomenen wird mehr und mehr eingeschränkt.

Schule muß sich in diesen veränderten Bedingungen durch ein erweitertes Schulverständnis stellen. Mit dem Programm „Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule“ haben SPD-Landtagsfraktion und Landesregierung einen Weg aufgezeigt, wie Schulen eigenständig und unverwechselbar diese Herausforderungen annehmen können. Das Programm ist begierig

SPD: Schule ist bei uns in NRW mehr als eine Wissensfabrik

von Schulen, Städten und Gemeinden, von außerschulischen Einrichtungen, von anderen Bundesländern, sogar vom Ausland aufgenommen worden. Deutlich ist schon jetzt, daß der nordrhein-westfälische Weg Ansätze liefert, wie mit der veränderten Kindheit, mit anderen Anforderungen an Lernen und Lehren umgegangen werden kann.

„Nachbarschaftsschule“, „Schule als Erfahrungsraum“, „Lernen vor Ort“, „fächerübergreifender Unterricht“, „ganzheitliches Lernen“, sind pädagogische Mittel, die mit „Öffnung von Schule“ untrennbar verknüpft sind. Verbunden mit Koordination, Kooperation und Koalition im Stadtteil eröffnet das Programm nicht nur neue Wege des Lernens, sondern baut auch Vorurteile zwischen Schule und Jugendarbeit ab. Es reißt Mauern ein zwischen den Schulformen einer Stadt, und es verbündet alle, die am Schulleben beteiligt sind.

„Öffnung von Schule“ hat eine Chance, sich von unten durchzusetzen, wenn sie von oben offensiv unterstützt wird, materiell und personell. Aber viel wichtiger ist, daß Kinder und Jugendliche eine Chance haben, zeitgemäß, interessengerecht und gut ausgebildet zu werden. „Öffnung von Schule“ bedeutet, gleichzeitig Freiheit, Mündigkeit, Verantwortlichkeit und Respekt vor dem anderen selbstverständlich zu erfahren.

Von
Herbert Reul

Das SPD-Konzept „Öffnung von Schule“ ist kein wissenschaftlich begründetes pädagogisches Konzept, sondern ein weiterer Versuch der Bildungslinken, Schule radikal zu verändern. Daß Schulen sich um Schulleben bemühen, sich der kommunalen Umwelt öffnen, wird längst praktiziert. Das Konzept der Bildungslinken nimmt das lediglich zum Anlaß, um eine grundsätzliche Veränderung von Schule zu erreichen.

Das neue SPD-Schulkonzept ist ein direkter Stoß gegen den Wissen vermittelnden Fachunterricht. Betroffenheit und Zufälligkeit werden zum didaktischen Prinzip. Es besteht die Gefahr, daß viele bunte Aktivitäten Schule in eine Spielwiese für alles Mögliche verwandeln. Auf der Strecke bleibt dann der Fachunterricht.

Erläuterungen zum Rahmenkonzept machen deutlich, daß leistungsorientiertes Lernen in Frage gestellt wird. „Das Diktat ist eben auch die didaktische Einübung in Gehorsam, Unterwürfigkeit und Abhängigkeit.“

CDU: Kein wissenschaftlich begründetes Konzept

Das Konzept verlangt die Einbeziehung von Betroffenen außerhalb von Schule. Experten sollen sich aus den Lebenswelten rekrutieren. Besteht hier nicht die Gefahr, daß vorrangig Funktionäre, Berufsdemonstranten und Mahnwachen erprobte Experten dem Gemeinschaftskunde-Lehrer zur Seite stehen sollen?

Schule kommt damit in die Gefahr, Neutralität zu verletzen und parteilich zu werden. Das will auch das Konzept, denn: „Schule und Unterricht, die sich der Außenwelt öffnen und an Prozessen des Umfeldes teilhaben, ergreifen zwangsläufig Partei.“ Die Rahmenrichtlinien für Politik der 70er Jahre lassen grüßen. Schule als Tummelfeld für ideologische Gesellschaftsveränderer, Schule als Trainingscamp für einseitige Parteinarbeit. Das Rahmenkonzept will Freizeitangebote in die Schule holen. Damit werden die vielfältigen Angebote der freien Träger und der Jugendverbände bedroht. Auswahl und selbstverantwortete Aktivitäten jedoch sind wichtiger als staatlich verordnete Verschulung der Freizeit.

Von
Rudolf Wickel

Wer könnte etwas dagegen einwenden: Schulen benötigen freie Gestaltungsmöglichkeiten zur eigenen Profilbildung und Spielraum zur Öffnung gegenüber außerschulischen Erfahrungsfeldern.

Die Inhalte schulischen Lernens sollten auf Lebenserfahrung bezogen sein, wenn unsere jungen Menschen motiviert werden sollen.

Ein gestaltetes Schulleben und die Öffnung von Schulen steigern die Qualität des Lehrens und Lernens.

All diesen Thesen könnte man vorbehaltlos zustimmen, wäre da nicht der Beschluß der Kommission für Bildungspolitik beim Parteivorstand der SPD vom 1. März 1986 in der Welt.

Dort heißt es: „Allerdings darf Öffnung zum Umfeld nicht zu einer naiven Wendung der Schule zum Alltag führen... Gefordert ist eine Doppelorientierung schulischen Lebens, in der die Schule immer mit beidem zu tun hat: mit Distanz und Nähe. Das kann für die vieldiskutierten Konzepte von Stadtteil- und Nachbarschaftsschulen z. B. heißen, daß die Öffnung der Schule zum nahegelegenen bürgerlichen Wohngebiet weniger wichtig ist als die Öffnung zu entfernten Arbeitervierteln.“

Einer solchenmaßen manipulierten Öffnung von Schule setzt die F.D.P. energig

F.D.P.: Keine Manipulation bei „Öffnung von Schule“

schon Widerstand entgegen. Ihr Mißtrauen gegenüber dem Rahmenkonzept wurde über diesen Beschluß der Bildungskommission hinaus noch stärker geweckt, als die SPD im Schulausschuß eine Anhörung zu diesem Thema beantragte und mit ihrer absoluten Mehrheit nahezu alle Vorschläge der Opposition zum Kreis der Anzuhörenden ablehnte. Dazu kann man nur sagen: Wer sich vorsätzlich den Argumenten anderer verschließt, hält sich künstlich dumm.

Das pädagogische Konzept „Öffnung von Schule“ hat allein deshalb schon eine Chance, weil es offene Türen einrennt. Bereits die Mehrzahl der Schulen hat ihren Unterricht so weit geöffnet, daß die Schüler rechtzeitig mit der Lebenswirklichkeit vertraut gemacht werden.

Eine von der Opposition einberufene Verbändeanhörung im Landtag hat allerdings deutlich gemacht, daß die Befürchtungen freier Träger, daß sie in der Jugendarbeit durch Nachmittagsangebote der Schule einer Verdrängung ausgesetzt sind, durchaus begründet sind. Alleine durch die Einführung der Fünf-Tage-Woche ist schon zu einer erheblichen Komprimierung des Unterrichtsstoffes gekommen. Der Nachmittag darf für junge Menschen nicht auch noch schulisch verplant werden, sondern muß in seiner Gestaltung der freien Entscheidung von Eltern und Schülern weitgehend überlassen bleiben.

Hauptausschuß gibt mit SPD-Mehrheit grünes Licht für die 9. Frequenzverordnung

Der Hauptausschuß des Landtags, der am 14. März unter dem Vorsitz von Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD) tagte, hat der 9. Frequenzverordnung entsprechend der Vorlage durch die Landesregierung mit den Stimmen der SPD-Mehrheitsfraktion zugestimmt. Insgesamt stehen nunmehr 81 sofort nutzbare Frequenzen für den lokalen Hörfunk in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung. Mit diesen Frequenzen können in den meisten Verbreitungsgebieten der Lokalradios mindestens 85 Prozent der Einwohner gut erreicht werden.

Die 9. Frequenzverordnung ordnet außerdem sechs UKW-Frequenzen dem Westdeutschen Rundfunk Köln für ein weiteres landesweites Hörfunkprogramm zu. Die Landesregierung habe bei der Frage der Zuordnung einen nicht unerheblichen Gestaltungsspielraum. Dabei obliegt es ihr, beide Systeme, also öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunk, ausgewogen zu gestalten. Beim WDR ist dabei die gesetzliche Bestands- und Entwicklungsgarantie zu berücksichtigen. Der WDR beabsichtige, mit Hilfe der sechs Frequenzen sein Kulturprogramm zu erweitern. Angesichts des sich entwickelnden und an Bedeutung gewinnenden europäischen Rundfunkmarktes müsse sichergestellt werden, daß der klassische Auftrag des Rundfunks erfüllt werde, der über die Aufgabe der Meinungs- und politischen Willensbildung sowie Unterhaltung hinaus auch die kulturelle Verantwortung umfasse. Diese essentiellen Funktionen gewährleistet der terrestrische öffentlich-rechtliche Rundfunk in besonderem Maße. Dafür seien die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, hieß es seitens der Staatskanzlei.

Die Zuordnung der Frequenzen für den WDR entspricht dem Landesrundfunkgesetz: Danach solle die Zuordnung gewährleisten, daß private Rundfunkveranstalter landesweit mindestens ein Hörfunkprogramm durch erdgebundene Sender oder Satellit veranstalten und verbreiten könnten. Bereits in der 8. Frequenzverordnung vom 31. Oktober 1989 sei für private Hörfunkveranstalter ein Kanal auf dem Satelliten Kopernikus zur Verfügung gestellt worden. Damit sei die genannte Bestimmung eingehalten worden, lautete die Begründung von Regierungsseite. Gleichzeitig seien die Übertragungskapazitäten zur programmlichen Nutzung für lokalen Hörfunk für vier weitere Senderstandorte festgelegt worden. Die Oppositionsfraktionen lehnten die 9. Frequenzverordnung mit der Begründung ab, daß hiermit der Dualismus im Rundfunksystem gestört werde und die Vollversorgung im Lokalfunk gefährdet sei. Die CDU kündigte Verfassungsklage in Münster an. Die SPD-Fraktion wies auf die schon früher erklärte Bereitschaft hin, die jetzt dem WDR zugewiesenen Frequenzen für den Lokalfunk zu nutzen, wenn diese Frequenzen für die Lokalradios sinnvoll eingesetzt werden könnten. Staatskanzlei und SPD-Fraktion stellten in der Sitzung allerdings fest, daß nach sorgfältigen frequenztechnischen Überprüfungen eine Umnutzung keine weitere Verbesserung für den Lokalfunk bringe. Einführend erklärte der Chef der Staatskanzlei, Wolfgang Clement, für den lokalen

WDR erhält fünfte Hörfunkkette und will Kulturprogramm stärken CDU-Opposition kündigt Klage an



Der Hauptausschuß tagte vor Ende der Legislaturperiode zum letzten Mal im Landtagsgebäude: v. l. Staatssekretär Wolfgang Clement, Staatssekretärin Heide Dörrhöfer-Tucholski vom Ministerium für Bundesangelegenheiten, Minister Günther Einert, Ausschußvorsitzender Professor Dr. Friedhelm Farthmann (alle SPD), Ausschußassistent Wolfgang Fröhlecke und der Leiter des Stenografischen Dienstes, Walther Hezel.

Foto: Schüler

Rundfunk bestehe, was die Frequenzen angehe, eine solide Basis. Die erste Station gehe am 1. April in Duisburg in Betrieb. Insgesamt könnten 81 Frequenzen in 45 Verbreitungsgebieten sofort genutzt werden. Entschieden sei, sechs leistungsstärkere Frequenzen dem WDR für die fünfte Hörfunkkette zur Verfügung zu stellen. Die übrigen befänden sich in Warteposition, um eventuell für den Lokalfunk verwendet zu werden. Zur Nutzung durch den WDR Köln für Hörfunk werden die Senderstandorte Bonn, Kleve, Langenberg, Münster, Nordhelle und Soest zugeordnet.

Nordhelle und die Täler

Die Diskussion im Hauptausschuß ergab, daß sich die Verwendung von Nordhelle am problematischsten darstellt. Laut Clement hat ein Prüfungsergebnis gezeigt, daß die Frequenz Nordhelle lediglich den östlichen Teil des Oberbergischen Kreises erreiche, der heute schon lokal versorgt sei. Der SPD-Abgeordnete Helmut Hellwig wies dagegen darauf hin, daß von der Veranstaltergemeinschaft im Rheinisch Bergischen und Oberbergischen Kreis die Zuordnung von Nordhelle für den lokalen Rundfunk gefordert werde. Selbst wenn es zu einem Versorgungsgrad von 85 Prozent in diesem Bereich komme, werde das noch zu Störungen führen.

Ein Sprecher der Staatskanzlei verdeutlichte, wegen der schwierigen Topographie

im Oberbergischen Kreis sei es schwer, die Täler „auszuleuchten“. Für diesen Kreis müßten fünf Frequenzen koordiniert werden, drei seien sofort nutzbar.

Der Direktor der Landesanstalt für Rundfunk, Klaus Schütz, meinte, die Forderung der Veranstaltergemeinschaft nach einer starken Frequenz in diesem Bereich sei sicher ein Argument. Nach Fachaussagen stehen dem jedoch Prüfungen der Deutschen Bundespost entgegen, die die Interferenzsituationen (Störungen) einer jeden Frequenz ermittelt hatte.

Beim politischen Teil der Aussprache wiederholte der Medienexperte der CDU-Fraktion, Helmut Elfring, noch einmal die Vorwürfe seiner Fraktion. Er äußerte Zweifel am Willen der Landesregierung zur dualen Ordnung und zur Ausgewogenheit. Wenn der WDR schon vier Hörfunkketten habe und noch die fünfte dazubekäme, die Privaten aber leer ausgingen, so sei das weder vernünftig noch rechtmäßig. Auch eine mögliche sechste Kette für das Rahmenprogramm der Lokalsender habe nur Ergänzungsfunktion und sei kein Gegengewicht zur fünften Kette. „Das ist ein Trauerspiel“, sagte Elfring. Er kündigte verfassungsrechtliche Prüfung an. Wesentliche Teile der fünften Kette würden für den Lokalfunk gebraucht.

Auch der CDU-Abgeordnete Dr. Ottmar Pohl unterstrich, wo der eine alles besitze, der andere nicht, habe man den klaren Fall des Monopols des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. „Wir werden diese Zuweisungsord-

Fortsetzung Seite 13

Clement: Bonn bleibt Hauptstadt – Hauptausschuß: Baukommission entlastet

Landesregierung will in Leipzig repräsentatives Haus anmieten

Die Landesregierung will neben Ost-Berlin die Stadt Leipzig zu einem Standort für vielseitige Aktivitäten zur Unterstützung beim Aufbau kultureller und kommunaler Strukturen in der DDR machen. Dazu möchte sie gerne das Haus Katharinenstraße 21 in Leipzig mieten, ein wertvolles Gebäude, das aber noch restauriert werden müßte. Darauf verwies der Chef der Staatskanzlei, Wolfgang Clement, bei der letzten Sitzung des Hauptausschusses im Landtag vor den Landtagswahlen. Die Sitzung am 14. März wurde vom Vorsitzenden des Ausschusses, Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD), geleitet, der sich zeitweise durch Dr. Wilfried Heimes (CDU) vertreten ließ.

Nach Angaben Clements könnte das Leipziger Haus außer von der Landesregierung von der WestLB und möglicherweise auch von der Lufthansa genutzt werden. Es soll sich dabei um ein repräsentatives Gebäude handeln, bei dem laut Clement davon ausgegangen werden könne, daß der Besitzer die Stadt Leipzig sei. Nach einer ersten Besichtigung seien über die Kosten der Restaurierung noch keine Angaben zu machen. Die Fassade des Hauses stehe, der hintere Teil sei zu erneuern. Die Adresse

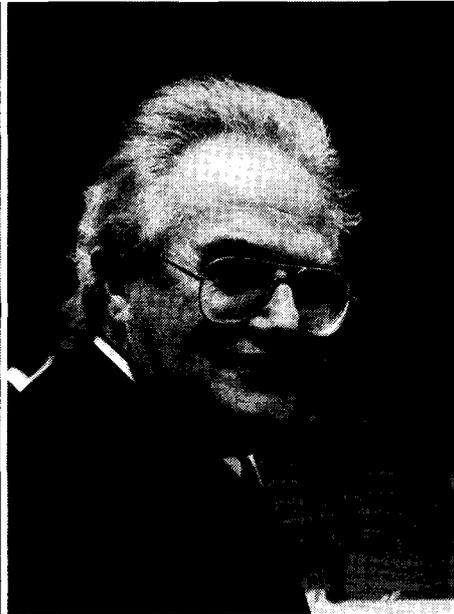
Arbeitnehmern nach Berlin zu eröffnen. Professor Farthmann ergänzte, man sei sicher interessiert daran, daß Berlin nicht veröde. Im übrigen befinde man sich in der Sache nicht weit auseinander. Der Hauptausschuß beschäftigte sich dann mit der Filmstiftung Nordrhein-Westfalen, die als GmbH ihren Sitz in Düsseldorf haben soll. Nach dem Bericht des Chefs der Staatskanzlei werden 85 Prozent der Mittel dieser Stiftung zur Produktions- und Projektförderung eingesetzt. Schwerpunkt wird die

stellern, ob sich mit der Stiftung nicht ein Apparat und damit neue Wasserköpfe bilden. Helmut Elfring wollte wissen, warum die Landesregierung auf die Formulierung eines Filmförderungsgesetzes verzichtet habe. Clement unterstrich, man wolle einen möglichst schlanken Apparat. Im übrigen habe kein Bundesland ein Gesetz für eine Filmstiftung vorgesehen.

Der Hauptausschuß nahm anschließend den Bericht des Leiters der Abteilung Verfassungsschutz im Innenministerium, Dr. Fritz-Achim Baumann, entgegen. Baumann erwähnte unter anderem, daß sich rechtsextreme und neonazistische Organisationen zunehmend bemühen, in der DDR Fuß zu fassen. So habe der Landesvorsitzende der sogenannten „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP)“, Siegfried Borchardt aus Dortmund, genannt „SS-Siggi“, an Montagsdemonstrationen in Leipzig teilgenommen. Borchardt sei als militanter Neonazi bekannt. Gegenüber „Landtag intern“ betonte der Ministerialdirigent, auch andere rechtsextreme Organisationen versuchten, in der DDR aufzutreten, so die NPD, die mit der NDPD, einer ehemaligen Blockpartei, Kontakte aufgenommen habe. Diese NDPD sei heute Mitglied der sogenannten Nationalen Front. Vor dem Ausschuß sagte Baumann, die politischen Veränderungen in Osteuropa und insbesondere in der DDR hätten Auswirkungen auf das Selbstverständnis der Rechtsextremisten. Sie sähen nunmehr eine Möglichkeit, durch Agitation in der DDR und unter Betonung der Deutschen Einheit Mitglieder und Sympathisanten zu werben.

Zum Abschluß der Sitzung erteilte der Hauptausschuß der Baukommission des Landesparlamentes einstimmig Entlastung. Der Berichtstatter der Baukommission, der CDU-Abgeordnete Helmut Elfring, wies darauf hin, daß der Landtag vor seinem Umzug in das neue Haus in sieben Gebäuden untergebracht gewesen sei. Im Gegensatz zu den Jahren 1975 bis 1980, wo man mit zwei Architektenteams zu tun gehabt habe, betonte Elfring die gute und faire Zusammenarbeit während der Jahre von 1980 über 1985 bis 1990. Die Architekten hätten etwas vom Bauwesen verstanden und die Landtagsverwaltung von den Finanzen. „Wir haben uns gegenseitig respektiert“, sagte der Abgeordnete. Als Grund für Kostenanstiege führte er unter anderem an, daß es sich bei dem Neubau um ein Unikat handle. Da entstünden Probleme, die sich aus der prozeßhaften Entwicklung ergäben. Unter Hinweis auf neue Parlamentsgebäude in Stuttgart, Jerusalem und Seoul meinte Elfring, dieses Parlamentsgebäude sei Weltspitze, was die Architektonik angehe. Der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow räumte ein, daß sich die Baukommission einer mühsamen und zeitraubenden Tätigkeit unterzogen habe. Er meldete indessen

Fortsetzung Seite 5



Zwei Abgeordnete, die nicht wieder für den Landtag kandidieren, bei der für sie letzten Sitzung des Hauptausschusses im Landtag: v. l. Dieter Blumenberg (SPD) und Heinrich Meuffels (CDU). Fotos: Schüler

Katharinenstraße 21 solle zum Schwerpunkt der Beratungs- und Hilfstätigkeit der Landesregierung werden. Als wichtig bezeichnete es Clement, in Leipzig zu zeigen, daß etwas getan werde. Das Büro in Leipzig empfehle sich auch als Koordinationsbüro für Umweltaufgaben, weil der Leipziger Raum meistbelastet sei.

Gleichzeitig bezeichnete der Staatssekretär ein Ostberliner Büro als erforderlich, weil Berlin in der Übergangszeit der Sitz der DDR-Regierung sein werde. Dessen ungeachtet gehe man davon aus, daß Bonn die Bundeshauptstadt bleibe.

Dagegen wandte in der Diskussion der SPD-Abgeordnete Gerhard Wendzinski ein, daß man mit einer solchen Aussage nicht viel weiter als über den Rhein Sympathien finden werde. Bonn werde aber sicher im europäischen Bereich Chancen erhalten. Clement antwortete, es sei nicht zwingend, daß in einer Metropole alle Staatsgewalt zusammengeballt werde. Bonn sei zum Symbol der bundesstaatlichen Ordnung geworden. Für ihn sei es auch nicht einsichtig, jetzt die Diskussion über die Verlegung von 80000

Filmförderung sein. Es sollen aber auch Dienstleistungen erbracht werden. Laut Clement kann die privatrechtliche Gesellschaft mit den Gesellschaftern Land und WDR auf den Prozeß der Projektrealisierung einwirken, Co-Produktionen vermitteln und NRW auf Film-Festivals repräsentieren. Der Staatssekretär äußerte die Hoffnung, daß sich auch das ZDF und andere Medienunternehmen an dieser Stiftung beteiligen werden.

„SS-Siggi“ demonstrierte

In diesem Zusammenhang erinnerte der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow an den Europäischen Mediengarantiefonds, an dem sich Frankreich, Italien und Spanien bereits beteiligten. Er richtete die Aufforderung an die Landesregierung, die WestLB zu bitten, diesem Fonds beizutreten. Eine positive Entscheidung sei für NRW als Standort für die Filmfinanzierung von relevanter Bedeutung. Der SPD-Abgeordnete Reinhard Grätz verwies auf Fragen von Filmher-

Minister Einert: Bonn bleibt bis Jahrhundertwende Regierungssitz

In diesem Jahrhundert werde es beim „materiellen Regierungssitz“ Bonn bleiben. Diese Auffassung vertrat der Minister für Bundesangelegenheiten, Günther Einert, in einem Bericht vor dem Hauptausschuß unter Leitung seines Vorsitzenden Professor Dr. Friedhelm Farthmann (SPD). Als nordrhein-westfälischer Minister in Bonn erklärte Einert zur „Hauptstadtdiskussion“, die Verlagerung von Behörden und ganzer Lobbies von Bonn nach Berlin könne allenfalls am Ende, keineswegs aber am Anfang eines Vereinigungsprozesses stehen.

Einert hielt die Diskussion für viel zu verfrüht. Zuerst einmal müßten viele andere Dinge geregelt werden. Eine mögliche Verlagerung könne ohnehin nur Zug um Zug geschehen. Es wäre gegen jede praktische Vernunft, zur Zeit an eine Verlagerung der Regierungsfunktion nach Berlin zu denken. Die erforderlichen mehrstelligen Milliardenbeträge würden viel notwendiger beim wirtschaftlichen Aufbau der DDR gebraucht. Deshalb habe die Landesregierung auch unmißverständlich erklärt, daß sie aus vielerlei Gründen am Regierungssitz Bonn festhalten wolle.

In diesem Zusammenhang erwähnte der Minister, daß die Planungen zum Um- und Erweiterungsbau der Landesvertretung in Bonn ihren normalen Verlauf nähmen.

Zu öffentlich geäußerten Befürchtungen, ein Beitritt neu entstehender DDR-Länder könne Auswirkungen auf den bundesstaatlichen Finanzausgleich haben, erklärte Einert, er halte diese für verfrüht. Nach der derzeitigen Finanzverfassungsrechtslage könne am bundesstaatlichen Finanzausgleich überhaupt nur teilnehmen, wer die bundesweit gleichen Steuern vorschreibe und auch erheben könne. Daran dürfe es aber auf dem Boden der heutigen DDR noch auf Jahre fehlen. Nach seiner Einschätzung sei während der Übergangsphase beim deutsch-deutschen Zusammenwachsen künftig zunächst an einen unmittelbaren Bundeszuschuß an die neuen „DDR“-Länder zu denken. Auch bei den anderen Bundesländern verfestige sich diese Schätzung.

Zur Aussiedler- und Übersiedlerproblematik meinte der Minister, die Positionen in der Bundesrepublik hätten sich weitgehend angeglichen. Er vertrat die Auffassung, wenn man zuwarte, sei die Frage in allseitigem Konsens zu regeln. Es gehe nicht darum, Geld einzusparen, sondern es besser zu verwenden, um in der jetzigen Heimat der Menschen optimale Lebensbedingungen zu schaffen.



Baukommission: Bewährtes Instrument

Die Baukommission tagte am 8. März 1990 zum letzten Mal. Landtagspräsident Karl Josef Denzer nahm Gelegenheit, die Arbeit der Baukommission zu würdigen und sich bei allen Mitgliedern zu bedanken. Die Baukommission hat sich als bewährtes Instrument erwiesen. Der Landtagspräsident dankte dabei auch den Architekten und allen am Bau Beteiligten, insbesondere auch Landtagsdirektor Heinrich Große-Sender stellvertretend für die Landtagsverwaltung. Auf dem Bild in der Mitte Landtagspräsident Karl Josef Denzer, links neben ihm der CDU-Abgeordnete Heinz Hardt sowie Landtagsdirektor Heinrich Große-Sender. Rechts vom Präsidenten die Abgeordneten Friedel Meyer (F.D.P.), Reinhard Grätz (SPD) und Helmut Eifring (CDU).
Foto: Schüler

Leipzig ...

Fortsetzung von Seite 4

Kritik am neuen Haus an. Die Arbeitsbedingungen der Abgeordneten mit Mitarbeiterinnen in eigenen Büros von 15,4 Quadratmetern Nutzungsfläche seien nicht zumutbar. Damit finde die Einschätzung der Parlamentarier durch die Architekten und durch sich selbst in dieser Gesellschaft seinen Ausdruck. Die Abgeordneten aber seien nicht Staffage, nicht Operettenkulisse, sondern Vertreter des Volkes. Das müsse auch bei den Arbeitsmöglichkeiten zum Ausdruck kommen. Sein Fraktionskollege Gerhard Wendzinski stimmte ihm „ausdrücklich“ zu. Er meinte, für die Beschäftigten in diesem Haus bestehe eine „Zweiklassengesellschaft“.

Am Plenarsaal monierte der CDU-Abgeordnete Dr. Ottmar Pohl, es sei „wahnsinnig schwer“, Stimmung zu erzeugen. Die Kollegen säßen wie in einem englischen Club. Es könne keine rechte Kampf Stimmung aufkommen. Im übrigen empfahl Pohl, bei Kurzbeiträgen im Plenum vom Platz aus reden zu lassen. Das würde Zeit sparen. An einer Stelle des Hauses einen „gemütlichen Raum“ einzurichten, empfahl sein Fraktionskollege Dr. Hans-Ulrich Klose, der auch Vizepräsident des Landtags ist. Angesichts der Dimensionen des neuen Gebäudes klagte Klose, man sehe sich nicht mehr, man spreche nicht mehr miteinander. Der Direktor beim Landtag, Heinrich Große-Sender, unterstrich, es gebe keine Kritik daran, eine Baukommission mit Entscheidungsbefugnis einzusetzen. Von allen sei das als Modell angesehen worden. Was hier

zum Ausdruck komme, seien die Schwierigkeiten im Informationsfluß zwischen Abgeordneten und Baukommission. Während der Bauzeit sei von der Baukommission immer wieder angeboten worden, sich zu informieren. Doch von 227 Abgeordneten hätten höchstens 15 davon Gebrauch gemacht, auf die Baustellen zu gehen und sich das Haus anzusehen.

Durch Kohlekraftwerke weniger Schadstoffe

Im Vergleich zu einem herkömmlichen Kraftwerk moderner Bauart könnten beim Einsatz von Kohledruckvergasung und -verbrennung mit nachgeschalteter Gasturbine und Abhitzekeessel, Heißgasreinigung und verbesserter Feuerungstechnik die Schadstoffbelastungen durch Kohlenstoff um bis zu 15 Prozent, die von Schwefeldioxid und Stickstoffdioxid je um bis zu 80 Prozent gesenkt werden. Diese Prognosen müßten jedoch erst durch den Betrieb von Demonstrationsanlagen bewiesen werden. Das erklärte der Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Klaus Matthiesen (SPD), auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Michael Ruppert (F.D.P.). Der Landesregierung sei auch bekannt, so der Minister, daß die spezifische Kohlendioxid-Emission bei der Verfeuerung von Kohle höher sei als von Erdgas. Durch die Förderung fortschrittlicher Kraftwerktechnologien müsse der Kohlendioxid-Ausstoß bei der Kohleverbrennung verringert werden (Drs. 10/5264 und 5125).

Besuch in Berlin: Die Stiftung Preußischer Kulturbesitz im Mittelpunkt

Nach Maueröffnung drängen Besucher aus dem Osten in Museen und Bibliotheken

Die jüngsten Entwicklungen bei der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in Berlin standen im Mittelpunkt eines Informationsbesuches, den eine Kommission des Kulturausschusses unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Dr. Albrecht Beckel (CDU) durchgeführt hat. Die Abgeordneten nutzten den kurzen Berlin-Aufenthalt, um auch in Ost-Berlin Kontakt mit der Einrichtung aufzunehmen, die der Stiftung Preußischer Kulturbesitz in West-Berlin entspricht. Von der ersten Gesprächsminute des Besuchs in Berlin an war das entscheidende Thema das Zusammenwachsen der Stadt nach Öffnung der Mauer und damit die Entwicklungen im Verhältnis der beiden Teile Berlins zueinander und zur DDR.



Bei der Besichtigung der restlichen Neubaubauabschnitte des Museumskomplexes der Stiftung Preußischer Kulturbesitz am Tiergarten (v. r. n. l.): Kultursenatorin Anke Martiny, Dr. Albrecht Beckel; links im Bild der Regierende Bürgermeister Walter Momper, rechts neben ihm Professor Dr. Wolf-Dieter Dube, Generaldirektor der Staatlichen Museen der Stiftung.
Foto: Landesbildstelle Berlin

Nordrhein-Westfalen ist neben dem Sitzland Berlin wichtigstes Trägerland der bundesunmittelbaren Stiftung Preußischer Kulturbesitz und beteiligt sich mit jährlich 12,5 Millionen Mark überproportional an deren Finanzierung. Der Präsident der Stiftung Preußischer Kulturbesitz (SPK), Professor Dr. Werner Knopp, berichtete einleitend, daß die politischen Veränderungen, die sich in den letzten Monaten in der DDR ereignet haben, vor allem die Öffnung der innerdeutschen Grenzen seit dem 9. November 1989, unmittelbare und weitreichende Folgen hätten für die ehemals staatlich preußischen Kunstsammlungen, Bibliotheken und Archive, deren bei Ende des Zweiten Weltkrieges in den Westen gelangten Teil die SPK betreut, deren anderer Teil sich im Ostteil Berlins und in der DDR befindet. Es zeichne sich die Möglichkeit ab, im Zuge zunehmender Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten die Teilung des ehemals preußischen Kulturbesitzes durch Zusammenwirken auf vielen Gebieten auf jeden Fall faktisch zu überwinden. Nach Öffnung der Grenze hätten die Museen der SPK einen sprunghaften Besucheranstieg verzeichnet; die Staatsbibliothek melde einen starken Zustrom von Besuchern aus dem Osten. Davon hat sich die Kulturausschuß-

Kommission in der Staatsbibliothek selbst ein eindrucksvolles Bild machen können.

Es gebe inzwischen, so Professor Knopp, zahlreiche Arbeitskontakte auf verschiedenen Ebenen. Schon seit den ersten Tagen der Öffnung der Mauer habe sich zwischen den „Staatlichen Museen Preußischer Kulturbesitz“ und den „Staatlichen Museen zu Berlin (Ost)“ spontan ein sehr konstruktives Verhältnis der Zusammenarbeit und gegenseitigen Abstimmung entwickelt, und zwar sowohl auf der Ebene der Generaldirektoren als auch unter den einzelnen Partner-Museen. Die offenen Fragen für die SPK seien der Standort der Museen und der Institute, die Notwendigkeit der Abstimmung von Bauvorhaben beider Seiten, der Ausgleich der Sammlungen in Ost- und West-Berlin, die Akzentverlagerung und die stärkere Konzentrierung bestimmter Einzeldarstellungsobjekte und Probleme. Die SPK sei der Meinung, daß bereits ohne rechtliche Veränderung der Situation eine kurzfristige Möglichkeit in der Zusammenführung auf der Ebene von Dauerleihgaben besteht. Zusammenfassend stellte der Stiftungspräsident fest, es bestehe auf beiden Seiten die allgemeine Zuversicht, daß es zu einem Zusammenwachsen kommen werde.

Bei der Besichtigung der restlichen Neubaubauabschnitte des Museumskomplexes der SPK (Museen der Europäischen Kunst) am Tiergarten wurden die Landtagsabgeordneten vom Regierenden Bürgermeister von Berlin, Walter Momper (SPD), begleitet. Außerdem kamen die nordrhein-westfälischen Kulturpolitiker aus diesem Anlaß auch mit der Senatorin für Kulturelle Angelegenheiten, Dr. Anke Martiny (SPD), zusammen, mit der Einzelheiten der kulturellen Situation und der kulturellen Förderung Berlins besprochen werden konnten. Im persönlichen Gespräch, das Ausschußvorsitzender Dr. Beckel am Rande dieser Begegnungen führte, wurden auch gewisse Bezugspunkte, die beide Berliner Politiker besonders mit Nordrhein-Westfalen verbindet, deutlich:

Die Senatorin ist gebürtige Dortmunderin und hat ihr Abitur in Wuppertal gemacht. Der Regierende Bürgermeister erzählte dem früheren Oberbürgermeister von Münster, Dr. Beckel, daß er dort ein Wintersemester studiert und im Stadtteil Hilstrup gewohnt habe. Grundlegend für den eintägigen Aufenthalt in Ost-Berlin war ein Gespräch mit dem Generaldirektor der Staatlichen Museen zu Berlin (Ost), Professor Dr. Günter Schade, der aus seiner Warte die Problematik unterstrich, die bereits mit dem Präsidenten der SPK aus westlicher Sicht erörtert worden war. Besonders ausführlich dargestellt wurde das Problem, daß sich die Museumsinsel in Ost-Berlin, in einem sumpfigen Gelände auf Pfahlbauten errichtet, kurz vor dem baulichen Zusammenbruch befindet und bis zum Jahre 2000 dringend der Rettung bedürfe. Die Erhaltung dieses Komplexes von europäischer Dimension sei nur mit westlicher Hilfe möglich. Es fehlten Arbeiter, Technik und Geld. Wie ein Vertreter des Ministeriums für Kultur der DDR erklärte, befänden sich im übrigen 80 Prozent der gesamten Museen der DDR in einem katastrophalen baulichen Zustand. Erforderlich sei eine Generalrekonstruktion der Gebäude.

Ein weiteres wichtiges Fachgespräch wurde mit der 1988 errichteten Kulturstiftung der Länder mit Sitz in Berlin (West) geführt. Die Unterredung mit deren Generalsekretär, Dr. Klaus Maurice, hatte auch eine sehr kritische Aufgabenbewertung aus eigener Sicht zum Inhalt. Die Kulturstiftung der Länder zeigt sich nämlich besonders damit unzufrieden, daß ihr — trotz klarer Rechtslage — in der Praxis keinerlei Gestaltungsmöglichkeit über die Verwendung der vom Bund angebrachten Mittel, die nur zur Förderung bestimmter Kulturinstitutionen vorgesehen sind, zugestanden wird. Hier bestehe der dringende Wunsch, daß sich der Bund (zuständig ist das Bundesministerium des Innern) einer Einflußnahme über die Mittelverwendung im Detail enthält. Außerdem kamen die Abgeordneten im Rahmen ihres weiteren umfangreichen Besuchsprogramms mit den Mitgliedern des Kulturausschusses des Abgeordnetenhauses von Berlin zu einem Erfahrungsaustausch zusammen, zu dem auch einige Museumsdirektoren von Ostberliner Seite eingeladen waren. Der Kulturausschußvorsitzende des Abgeordnetenhauses von Berlin, Dr. Dieter Biewald (CDU), hieß die Gäste zu diesem Treffen im Französischen Dom in Ost-Berlin willkommen.

Wirtschaftsausschuß: Leipziger Messe und Wirtschaftsraum Dresden

Umbau DDR-Wirtschaft: herunterfahren und umprofilieren

Zwei Tage volles Programm hatte der Wirtschaftsausschuß bei der Informationsfahrt in die DDR am 11. und 12. März. Einem Besuch der Leipziger Messe mit Gesprächen mit Wirtschaftsfachleuten aus NRW und einem Abendempfang der Westdeutschen Landesbank im Hotel Merkur schloß sich ein Informationstag in Dresden an, den die Leiterin des Amts für Wirtschaft bis zur Vorstellung des Technologiezentrums Dresden begleitete. Im Gepäck für die Rückfahrt der von Vorsitzendem Gerd Müller (SPD) geleiteten Ausschußreise befanden sich Hilfeersuchen für die gewaltigen Umstrukturierungen der DDR-Wirtschaft und vor allem für dringend erforderliche Qualifizierungs- und Umschulungsmaßnahmen.

Zu Beginn des Messerundgangs in Leipzig vier Monate nach dem Rücktritt der alten SED-Regierung gab DDR-Experte Schuster am Stand der Industrie- und Handelskammer Hagen ein ungeschminktes Bild der Probleme. Die Euphorie sei verfliegen. Statt dessen habe sich mit Windeseile die Sorge um die Arbeitsplätze in der DDR verbreitet. Fliegende Händler aus der Bundesrepublik näherten mit ihren Umtauschkursen die Angst vor sinkendem Lebensstandard. Richtig nachvollziehen könne das alles nur, wer die letzten 40 Jahre in der DDR erlebt habe. Die Firmen machten laut Schuster trotz der Enge und des ungünstigen Standorts des südwestfälischen Gemeinschaftsstands gute Geschäfte. Vieles sei leichter geworden trotz unverändert umständlicher Bürokratie. Man könne jetzt problemlos in die Kombinate hinein und mit ihnen verhandeln. Sie hätten jedoch keine Reserven, kein Kapital, keine Bürgschafter. Geschäfte bis zu 10000 Mark seien ohne Genehmigung möglich, größere Geschäfte liefen zur Zeit „wild“ an. Vieles werde als Geschenksendung geliefert, die Verrechnung auf später verschoben: „Die Post geht ab.“ Es gebe so etwas wie eine praktizierte Währungsunion. Mit SED-Mitgliedern unter den DDR-Partnern müsse man leben, sagte Schuster. Sie seien mit Fragen nach Betriebskosten, Bewertung und Finanzierung völlig überfordert. Zum „Sprung in High Tech“ müßten sie umerzogen, integriert, handlungsfähig und ihr Wissen nutzbar gemacht werden. Unsere betriebswirtschaftlichen Weiterbildungsangebote seien, so antwortete er auf eine Frage des Vorsitzenden Müller, vorerst nicht anwendbar. Marketing, bei uns eine relativ untergeordnete Aufgabe für das mittlere Management, sei jetzt erstes Anliegen der DDR-Betriebsleiter: Wie kommt man aus der Produktionsvielfalt zu einer vernünftigen Produktpalette?

Die Kammern seien dabei neutrale Mittler. In Kurzseminaren würden als erster Schritt 15 Leute vorunterwiesen. Drei bis vier Wochen brächten aber nicht genug. Praktische Anleitung im Betrieb müsse folgen. Das Niveau müsse heruntergefahren werden. Es fehlten Grundkenntnisse auch im rechtlichen und kaufmännischen Bereich.

Ähnliches war an den Ständen von Großfirmen zu hören, die sich meist schon seit Jahren in der DDR-Wirtschaft engagieren. Sie wollten helfen, daß die Betriebe nicht untergehen, aber eigenverantwortliches Handeln ohne staatliche Eingriffe sei unverzichtbar und das neue Gewerkschaftsgesetz „eine Katastrophe“. In manche Betriebe dürfe man keine D-Mark hineinstecken, sondern müsse auf der grünen Wiese neu anfangen. Zwar konnte sich der Wirtschaftsausschuß des Landtags kein eigenes Bild durch eine Betriebsbesichtigung machen. Aber vom Aufeinanderprallen zweier völlig verschie-

dener Wirtschaftssysteme war auch so genug zu verspüren. Das triste Ambiente der Leipziger Messe ließ zusammen mit dem Gebäudeverfall andernorts Ahnungen davon aufkommen, wie es in den Betrieben aussieht. Unterschiedliches Auftreten von Messebesuchern aus West- und Mitteldeutschland sowie der Manager bundesdeutscher Unternehmen und aus DDR-Betrieben verstärkten den Eindruck, daß es darum geht, „aufzustehen aus Ruinen“. Mit der hohen Produktivität und den Spitzentechnologien westlicher Unternehmen, die sich in Leipzig präsentieren, könnten in die

Planwirtschaft nicht auf den ersten Blick unterschieden werden könne.

Mit der Messtätigkeit von Hochschulinstituten, die anwendungsreife Forschungsergebnisse präsentieren, will NRW Wissenschaft und Wirtschaft miteinander verbinden. Ein Ergebnis deutsch-deutscher Zusammenarbeit wurde am ersten Messtag vorgestellt. Ein vom Zentralinstitut für Werkstoffe der Akademie der Wissenschaften in Dresden entwickeltes Verfahren zur Herstellung von kornorientiertem und nicht-kornorientiertem Elektroblech wurde von einem Bochumer Unternehmen erprobt und nutzungsreif weiterentwickelt, so daß ein Vertrag abgeschlossen werden konnte.

Technologiezentrum Dresden

Ein ähnliches Ziel verfolgt das neue Technologiezentrum Dresden, das von der Stadt Dresden, der Technischen Universität Dres-



Im Dresdener Sanierungsgebiet Äußere Neustadt (Foto) leben 18 000 Menschen mitten zwischen einfallenden Häusern, deren Trümmer aus Geldmangel nicht weggeräumt werden.

Selbständigkeit zu entlassende DDR-Betriebsleiter derzeit nicht viel anfangen. Zwischen der Rauchgasentschwefelungsanlage einer Gummersbacher Firma etwa und dem Braunkohlentagebau in Bitterfeld oder dem Kraftwerk Dresden-Friedrichstadt, an dem der Ausschuß vorbeifuhr, lägen Welten, so hieß es im Ausschuß.

Am Gemeinschaftsstand der NRW-Hochschulen, zum zweiten Mal auf der Leipziger Messe, wurden die Ausschußmitglieder Zeugen eines Gesprächs von Wissenschaftsministerin Anke Brunn mit Professoren aus NRW und der DDR. Vom stellvertretenden Rektor der Technischen Universität Dresden wurde (am Tag vor der Neuwahl der Hochschulleitung) eingeräumt, daß vor allem junge Wirtschaftswissenschaftler „umprofiliert“ werden müßten, ein schwieriges Unterfangen, wie die Beteiligten versicherten, da das Plandenken tief sitze und westliche Ordnungspolitik von östlicher

den und dem Technologiezentrum Dortmund getragen wird und dem Wirtschaftsausschuß am 12. März vorgestellt wurde. Ein Haus mit 30 Räumen konnte bereits erworben und der Ausbau den Abgeordneten gezeigt werden. Führungspersonal aus Dortmund und Dresden ist dabei, Gründern und mittelständischen Unternehmen sowie Forschungsgruppen laufzeitbegrenzt und projektbezogen nicht nur Räume, sondern auch Beratungs-, Finanz- und Marketinghilfen zu geben. Spätestens nach drei Jahren sollen die „Kunden“ in den Markt entlassen werden. Eine PatentverwertungsGmbH ist geplant. Außerdem soll ein in Dresden angefangenes Cad/Cam-Zentrum von 5000 Quadratmetern Fläche (mit Fremdfinanzierung) fertiggestellt werden.

Welche Probleme sich auf staatlicher und kommunaler Ebene beim Umbau der DDR-Wirtschaft ergeben, erfuhren die Abgeord-

Fortsetzung nächste Seite

Willi Wessel: „Sicher auf Dauer mit Power durch Auer“

Hochtechnologie bei Rettungs- und Meßgeräten aus Berlin

Vom hohen Standard der Forschung und Technologie bei Rettungs- und Meßgeräten und der weitgehend automatisierten Fertigung zeigten sich die Mitglieder des Ausschusses für Grubensicherheit bei ihrem Besuch der Auergesellschaft in Berlin beeindruckt. Ein Rundgang durch die Produktionsstätten in Berlin-Neukölln ergänzte die ausführlichen Informationen über Filterselbstretter und Atemschutzgeräte auf chemischer Basis für den Einsatz im Bergbau durch die Geschäftsleitung.

Mit der großen Teufe des Steinkohlenbergbaus im Zuge der Nordwanderung wächst, so stellten die Bergbaufachleute fest, die Gefahr von Gasausbrüchen, weil Gebirgsspannungen, Temperatur, Gasdruck und Gasführung der Schichten zunehmen. Dank intensiver Forschung und Messung verminderte sich zwar die Anzahl der Gasausbrüche im deutschen Steinkohlenbergbau; von 1978 bis 1988 ereigneten sich 151 Gasausbrüche, wobei zwölf Bergleute getötet und zwölf verletzt wurden. Dennoch müssen die unter Tage Beschäftigten gegen freigesetzte Methangase mit Sauerstoffs selbstret-

tern ausgerüstet werden, die sie sofort anlegen und mit denen sie im Notfall einen unbelasteten Wetterstrom oder Notatemluftspender erreichen können.

Diese Atemschutzgeräte zur Selbstrettung müssen, so erläuterte den Ausschußmitgliedern Diplom-Chemiker Dr. Werner Mascher, zahlreiche Anforderungen erfüllen: Kompakte Bauweise gegen harten Stoß und Fall, lange Lagerfähigkeit, schnelle Inbetriebnahme, sichere Funktion, einfache Handhabung, ausreichende „Haltezeit“, erträgliche Atembedingungen. Von den Herstellern sind

bisher vier Systeme entwickelt worden. Beim „geschlossenen System“ der Druck-sauerstoffgeräte wird die Ausatemluft regeneriert. Chloratsauerstoffgeräte enthalten Natriumchlorat als Lieferant von Sauerstoff. Es ist zu einer Kerze verpreßt, die im Einsatz gezündet wird und dann gleichmäßig Sauerstoff erzeugt. (Fortsetzung nächste Ausgabe)

menschluß von Reformkräften nach dem 9. November mit 33 Sitzen im Parlament, ergänzte deren wirtschaftspolitischer Sprecher Scholz Aussagen zur Gebäudepolitik, einem derzeit besonders brisanten Thema in Dresden: 30 000 Wohnungen seien baupolizeilich gesperrt, bei 50 000 gebe es mittlere bis schwere Bauschäden. 29 000 Wohnungsanträge lägen vor. Es fehle aber auch Gewerbefläche für Neuansiedlungen. Wirtschaftshemmnisse müßten abgebaut werden, vor allem in der Bauwirtschaft. Der Rat der Stadt sei in manchen Bereichen nahezu handlungsunfähig, auch aus Angst, etwas falsch zu machen. Die Basisdemokratische Fraktion achte darauf, daß beim Umbau von Wirtschaft und Verwaltung keine Sammelbecken der alten Funktionäre entstünden. Ein Vertreter der Handels- und Gewerbekammer berichtete über den großen Andrang von Firmengründern nach der Umstrukturierung der Kammer und der massiven Unterstützung durch die IHK Stuttgart. Der Entwurf eines neuen DDR-Kammergesetzes sei in Berlin von Dresden vorgelegt worden. Auch von ihm wurde Ausbildungshilfe gewünscht. Die Gewerbe- und technische Ausbildung im DDR-System sei gut. Großen Nachholbedarf gebe es aber im kaufmännischen Bereich und in der Gastronomie.

Aus Zeitgründen kamen schließlich fünf Betriebsleiter nur noch kurz zu Wort. Zwei Direktoren großer Kombinate („wir stellen alles her, was es in der DDR gibt“) konnten nur von Auflösung berichten, allerdings in der Hoffnung, durch frühere Besitzer weitere Beschäftigung zu sichern. Die Sorge über die Schließung beherrschte jedoch den Leiter eines kleineren Betriebs, für den sich kein früherer Eigentümer interessiert hat. Dem Amt für Wirtschaft wurde zuviel Reglementierung bei Finanzierungen, Beschaffung, Festsetzung von Löhnen und Gehältern vorgehalten und bezweifelt, ob es die neuen Aufgaben bewältigen könne. Gleiches gelte für das Amt für Arbeit, das beispielsweise zu einem Auflösungsvertrag als Anlage die Absetzbarkeit und Marktchancen zu neuer Produktbestimmung verlange. Das Gewerbeamt müsse gestärkt werden.

Die Reiseorganisation, die wegen zweier langer Busfahrten auch kritisiert wurde, erlaubte keine weiteren Informationen. Eine Stadtrundfahrt rundete das Programm ab, bei der sonniges Wetter eine Vorstellung von der Schönheit des „Elbflorenz“ vermittelte und auch die jetzt bemalten Gebäude der früheren Staatssicherheit nicht ausgespart wurden. Den Bombenalarm am Abend im Hotel erlebte vor allem ein Ausschußmitglied mit gemischten Gefühlen, der es aus der Sauna auf die Straße und dann in die Wohnung des Bademeisters gegenüber verschlug.



Mitglieder des Ausschusses für Grubensicherheit und der Firmenleitung der Auergesellschaft Berlin beim Rundgang durch die hochautomatisierte Fertigung. Foto: Auergesellschaft

Leipziger Messe...

Fortsetzung von Seite 7

neten am Vormittag im „Haus für Bildung und Kultur“, der ehemaligen SED-Partei-schule. In der Person der stellvertretenden Oberbürgermeisterin und Leiterin des Amts für Wirtschaft der Stadt Dresden, Edelgard Wandel, stand ihnen ein kompetenter weiblicher „Wendehals“ mit nur noch kurzer Amtsdauer gegenüber. Frau Wandel gab einen präzisen Überblick über die wirtschaftliche und soziale Situation der drittgrößten DDR-Stadt (500 000 Einwohner, seit 1989 Verlust von 12 000 Übersiedlern), wobei sie auch Versäumnisse der Vergangenheit nicht aussparte. Man merkte der Ingenieurin, die sich seit zwei Jahren für Dresdens Wirtschaft engagiert, ihre Erfahrung beim Umgang mit westdeutschen Politikern an: Auch bei zahlreichen Nachfragen der Ausschußmitglieder trug sie mit Daten und Fakten zu umfassender Information in kurzer Zeit bei.

Mit 36 Prozent sei der Anteil der Beschäftigten in der Industrie zu hoch, der Dienstleistungsbereich dagegen unterentwickelt. Solange die zentrale Wirtschaftslenkung bestehen bleibe, gebe es für kommunale Strukturpolitik keine Möglichkeit. Ein Raumordnungskonzept, hier „Territorialstrukturplanung“ genannt, sei bis spätestens zur 800-Jahr-Feier im Jahre 2006 angestrebt. Für den Verkehr seien in Dresden mindestens eine neue Elbbrücke, ein Fußgängerzentrum, Umgehungsstraßenbau, keine U-Bahn, jedoch Ausbau des Stadtbahnnetzes vorgesehen. Arbeitslose gebe es nicht, jedoch viel ineffektive Arbeit. Mit hohen Arbeitslosenzahlen werde gerechnet. In der Stadtverwaltung müßten viele Mitarbeiter umprofilert werden. Dringend erneuert werden müßten Altenheime, Krankenhäuser, Schulen.

Als Mitglied der „Basisdemokratischen Fraktion“ bei der Stadtverordnetenversammlung, einem freiwilligen Zusam-

Landtagspräsidenten: Wiederherstellung von Ländern in DDR entscheidender Schritt auf dem Weg zur deutschen Einheit

Entschließung der 64. Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente vom 22. Februar 1990

Vier Jahrzehnte nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik öffnen sich Wege zur Vollendung der Freiheit und Freiheit Deutschlands in freier Selbstbestimmung. Ebenso wie die Länder und ihre Parlamente die Bundesrepublik geschaffen haben, sind sie auch berufen, das geeinte Deutschland mitzugestalten.

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente begrüßen die Bemühungen aller demokratischen Kräfte in der DDR um die Wiederherstellung von Ländern im anderen Teil Deutschlands. Die föderative Ordnung ist in Deutschland ein bewährtes Architekturprinzip für eine freiheitliche Staatsordnung, in der Machtkontrolle und Machtbalance gewährleistet sind. Sie ist in besonderer Weise einer vielfach begonnenen Zusammenarbeit mit den Ländern der Bundesrepublik förderlich.

Ihre Wiedereinrichtung in der DDR stellt nach Auffassung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente darüber hinaus einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur Einheit Deutschlands in Freiheit dar, so wie die Präambel des Grundgesetzes ihr vorgezeichnet hat.

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente unterstreichen, daß der Weg zur Vollendung der Einheit Deutschlands in den Prozeß der Einigung Europas eingebunden sein muß. Dieses Europa kann nur auf föderalistischer Grundlage unter Einbeziehung der Länder und Regionen entstehen.

Die Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente begrüßen die Absicht der Bundesregierung, die Länder stärker in die Diskussion der politischen und sozialen Planung des künftigen Deutschlands einzubeziehen. Sie fordern die Regierungen des Bundes und der Länder auf, zwei Vertreterinnen oder Vertreter der Präsidentenkonferenz an dem beim Staatsminister im Bundeskanzleramt ein-

gerichteten ständigen Gremium sowie die Landesparlamente an weiteren Bund-Länder-Gremien, die sich mit der künftigen deutschen Staatsstruktur befassen, zu beteiligen.

Sie regen ein gemeinsames parlamentarisches Gremium aus Vertretern des Deutschen Bundestages, der neu gewählten Volkskammer und aller deutschen Landesparlamente an, das die notwendigen politischen und praktischen Schritte koordinieren und beim Aufbau föderativer Strukturen mitwirken soll.

Die Parlamentspräsidentinnen und Parlamentspräsidenten betonen, daß die Landesparlamente ihre Befugnisse und Möglichkeiten wahrnehmen müssen, um auf Länderebene bei dem Aufbau eines repräsentativen parlamentarischen Systems in der DDR Nachbarschaftshilfe zu leisten.

Für die Landesparlamente ist es historische Chance und Verpflichtung zugleich, sich an der Architektur eines neuen, geeinten, demokratischen Deutschlands maßgeblich zu beteiligen.

„Frau und Beruf“

Antrag ist Baustein im Gesamtgefüge der Frauenpolitik

Der Ausschuß für Frauenpolitik befaßte sich im Rahmen seiner letzten Sitzung in dieser Wahlperiode unter der Leitung der Vorsitzenden Marie-Luise Morawietz (SPD) mit der abschließenden Beratung des CDU-Antrags zu „Verbesserung und Ausbau der Teilzeitbeschäftigung im öffentlichen Dienst“ und des SPD-Antrags „Frau und Beruf“.

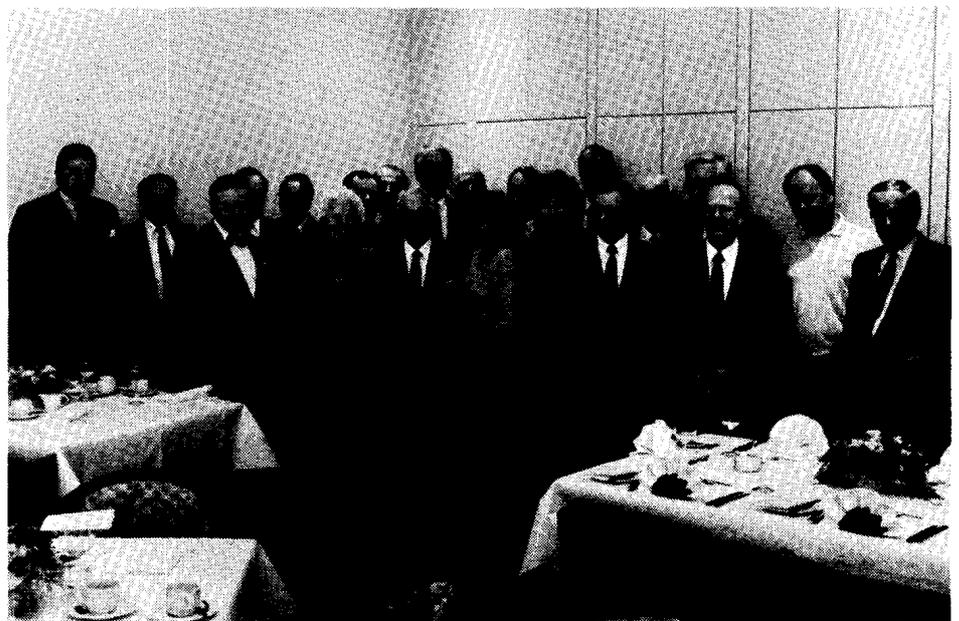
Nach Auffassung der Sprecherin der Fraktion der SPD, Brigitte Speth (SPD), habe der Bericht des Innenministers gezeigt, daß das Land bereits vielfältige Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung biete. Daß trotzdem ein Mangel an Teilzeitarbeitsplätzen auf höheren Ebenen bestehe, sei in erster Linie ein gesellschaftliches Problem; hier seien Informationsveranstaltungen, Kongresse etc. notwendig, um die mangelnde Anerkennung von Teilzeitarbeit abzubauen und gleichzeitig mehr Männer zu motivieren. Teilzeitarbeit müsse auf jeden Fall unter qualitativen Gesichtspunkten Thema bleiben, der CDU-Antrag könne allerdings als erledigt angesehen werden, da wesentliche Forderungen bereits realisiert seien.

Die Fraktion der CDU, so ihre Sprecherin Marie-Luise Woldering, könne sich mit dem vorgelegten Bericht und den darin beschriebenen Maßnahmen nicht zufriedengeben. Die Landesregierung ließe z.B. noch zu wenig Engagement erkennen, auch in höheren Positionen Teilzeitarbeit zu ermöglichen. Zudem gebe es zwar im Schulbereich zahlreiche Teilzeitarbeitsplätze, insgesamt könne von einer Vorbildfunktion des Landes aber noch nicht die Rede sein.

Daher werde die Landesregierung in dem Antrag aufgefordert, mehr Teilzeitangebote und die entsprechend notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Sprecherin der Fraktion der F.D.P., Ruth Wittler-Koch, schloß sich der Auffassung der CDU hinsichtlich des Ausbaus des Teil-

zeitarbeitsplatzangebotes und der Schaffung der Rahmenbedingungen an; dabei seien neue Gestaltungsmöglichkeiten, z.B. hinsichtlich der Arbeitszeit, zu entwickeln. Im übrigen müßten — wie im Antrag vorgesehen — gezielte Möglichkeiten für Männer geschaffen werden. Fortsetzung Seite 14



Franz Riehemann zum Abschied

Nach der letzten Sitzung des Ausschusses für Haushaltskontrolle in dieser Legislaturperiode trafen sich die Mitglieder des Ausschusses, Präsident, Vizepräsident und alle Prüfungsgebietsleiter des Landesrechnungshofes sowie die Mitarbeiter des Landtages, die dem Ausschuß in den vergangenen fünf Jahren zugearbeitet haben, auf Einladung des Ausschußvorsitzenden Franz Riehemann (CDU, im Bild Mitte vorne) zu einem festlichen Essen im Landtagsrestaurant. Der Parlamentarier Franz Riehemann nimmt im Mai nach 24 Jahren Abgeordnetentätigkeit und 20 Jahren als Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses seinen Abschied vom Landtag. Bei der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses war nach kontroverser Debatte mit den Stimmen der SPD-Mehrheit der Landesregierung für die Haushaltsrechnung 1987 Entlastung erteilt worden.

Foto: Schüler

Hearing im Jugendausschuß zu „Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen“

Junge Randalierer keine Gewalttäter, sondern „Nachbarskinder“

Wie entsteht Gewalt rund um den Sport? Welchen Einfluß hat der Rechts-Extremismus darauf, und wie sind Ausschreitungen zu verhindern? Diese Fragen ließ sich der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie unter dem Vorsitz von Helmut Hellwig (SPD) in seiner 52. Sitzung am 8. März von Experten beantworten.

Den bewußt gesuchten „Zoff mit Bullen“ zu verharmlosen, davor warnte Theo Mayer von der Gewerkschaft der Polizei. Eine immer größer werdende Gruppe gefährde durch juristische Straftatbestände nicht nur die „Kollegen vor Ort“, sondern auch den inneren Frieden. „Vereine, Verbände und Kommunen dürfen das Problem nicht länger auf Ordnungskräfte und Polizei abwälzen“, forderte Mayer. Die Kollegen müßten durch eine Reduzierung der Überstunden und durch besseren Schutz entlastet werden. Engeren Kontakt zwischen Fans und Spielern, verändertes Vereinsleben und Unterstützung von Fan-Projekten verlangte Mayer von den Vereinen. Städte und Gemeinden müßten geeignete pädagogische und freizeitorientierte Angebote bereitstellen. Stadionbesitzer und Veranstalter hätten für ausreichenden und qualifizierten Ordnungsdienst zu sorgen. Die Polizei müsse sich auf die ihr unmittelbar zugewiesene Aufgabe zur öffentlichen Sicherheit und Ordnung zurückziehen können.

Daß Vereine und Verbände für die Gewalt in den Stadien mitverantwortlich seien, wies der Sicherheitsbeauftragte des Deutschen Fußballbundes, Wilhelm Hennes, energisch zurück. „Der DFB ist nicht Gewalttäter oder Anstifter von Gewalt, sondern Opfer“, erklärte Hennes und erläuterte die gewaltbekämpfende Arbeit des DFB am Beispiel der Sicherheitskommission. Der DFB betreue seine rund fünf Millionen Mitglieder, „eine globale Fan-Betreuung ist jedoch nicht Aufgabe der Vereine“, widersprach Hennes diesbezüglichen Äußerungen des Staatssekretärs im Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Dr. Wolfgang Bodenbender. Auf das Randalieren einiger weniger „nicht therapierbarer“ Zuschauer habe der DFB um so weniger Einfluß, je mehr sich die Ausschreitungen vor die Tore der Stadien verlagerten. Auch die Ursachen

der Gewalt sah Hennes nicht in seinem Einflußbereich, sondern in gesellschaftlichen und sozialen Problemen, wie er auf die Frage des Abgeordneten Georg Gregull (CDU) ausführte. Dem Hinweis des Ausschußvorsitzenden Helmut Hellwig (SPD), daß die aggressive Sprache von Trainern und Managern die Stimmung bewußt „anheize“, hielt der Vertreter des DFB das Verfassungsrecht der Meinungsfreiheit entgegen.

Zu anderen Ergebnissen kam Dr. Wilhelm Heitmeyer, Pädagogikdozent an der Universität Bielefeld. Er führte die Gewaltbereitschaft jugendlicher Fußballfans auf ihre Mißachtung bei der Organisation des Profifußballs zurück, de sie als „rein kalkulatorische Größe“ behandle. Der Wissenschaftler forderte die Einrichtung von Fan-Projekten in allen Bundesligastädten.

Fan-Projekte

Das Land NRW müsse konkrete Zeichen setzen, damit Fan-Projekte Regelfall würden und nicht – wie bisher – Ausnahme mit Alibifunktion blieben. Die Frage des Abgeordneten Andreas Reichel (F.D.P.), ob von einer „Vereinnahmung“ von Fans für Rechtsradikalismus gesprochen werden könne, beantwortete Heitmeyer positiv: „Jugendliche greifen auf den Rechtsextremismus zurück, weil er Gewalt als legitimes Handlungsmittel bezeichnet.“ Insofern sei Fremdenfeindschaft in Stadien ernst gemeint und ernst zu nehmen, auch ohne mit Parteimitgliedschaft gekoppelt zu sein. Heitmeyer widersprach damit erneut dem DFB-Sprecher Wilhelm Hennes, der in „dahergequatschten Parolen“ keine rechts-extreme Vereinnahmung sah.

Im Namen der Sportjugend im Landessportbund NRW tadelte Hans-Peter Schmitz zunächst generalisierende Mediendarstellungen, die Fußballfans als Gewalttäter stigmatisierten und dadurch zu erhöhter Gewaltbereitschaft beitragen. Gewalt und Rechtsextremismus werde in den Jugendverbänden u. a. durch internationale Begegnungsprogramme bekämpft. Im folgenden betonte Schmitz die Bedeutung der Fan-Projekte für die Selbstorganisation der Jugendlichen. Diese Projekte bedürften

jedoch der gemeinsamen, langfristigen Absicherung durch Vereine und Verbände, Land und Kommunen. „Die freien Träger alleine sind in der Bekämpfung von Rechts-Extremismus und Gewalt überfordert“, stellte Schmitz fest, bot jedoch die Deutsche Sportjugend als Koordinierungsstelle für bundesweite Fan-Projekte an. Schmitz wies zudem auf die Erfahrungen hin, die gescheiterte Fan-Projekte (etwa in Bielefeld) mit Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen gemacht hätten: Um gewonnenes Vertrauen zu erhalten, müßten Betreuer für mindestens vier Jahre im Einsatz bleiben.

Die Runde der Experten beschloß Dieter Bott, Mitarbeiter des Kulturamtes Düsseldorf. Der mit dem Aufbau eines Fan-Projektes Beauftragte tadelte Arroganz und Desinteresse der Vereine. „Der DFB lehnt es ab, Fan-Führer aus der Kurve oder auch Fan-Forscher an der Planung zu beteiligen.“ Deshalb sei der (für die Vereine allerdings kostenlose) Polizeieinsatz unvermeidlich. Dabei seien jugendliche Randalierer keinesfalls harte Gewalttäter, sondern oft die „Nachbarskinder“, die schnell von großen Sprüchen abrückten. Bott berichtete vom Einvernehmen zwischen Polizei und Pädagogen, die Vereine stärker zur Gewaltbekämpfung zu verpflichten. Als sinnvolles Beispiel nannte er regelmäßige Treffen von Bundesligaspielern mit „ihrer“ Fan-Gruppe. Auch Bott lehnte Fan-Projekte auf ABM-Basis oder ohne sozialpädagogische Betreuung ab. Die Kosten für die „Minimalausstattung“ eines Fan-Projektes beliefen sich auf rund 250 000 Mark pro Jahr. Damit könnten zwei sozialpädagogische Betreuer und eine Halbtagschreibkraft finanziert werden.

Im Anschluß an das Expertengespräch verabschiedete der Ausschuß eine Entschliebung, die insbesondere Sportvereine und den Deutschen Fußballbund auffordert, sich mehr als bisher des wachsenden Problems rechtsextremer und gewalttätiger Ausschreitungen im Umfeld von Sportveranstaltungen anzunehmen. Vereine und DFB sollten eigene Sicherheitsmaßnahmen zur Entlastung der Polizei ausbauen und darüber hinaus Konzepte zur Unterstützung von Fan-Projekten entwickeln, deren Arbeit fördern und durch eine Öffnung der Vereine konkrete Kontaktmöglichkeiten zu jungen Menschen herstellen. Die Arbeit der Fan-Projekte sei im Rahmen der Jugendhilfe zu begleiten und abzusichern. Der Ausschuß forderte den Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales auf, in Gesprächen mit allen Beteiligten kooperative Lösungen zu erarbeiten, um die Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen abzubauen und dem Ausschuß zu berichten. B. S.

Asylbewerber

Eine Änderung des Zählverfahrens in bezug auf Asylbewerber sei, so Sozialminister Hermann Heinemann (SPD) auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Heinz Paus (CDU), weder vorgenommen worden noch beabsichtigt. Unabhängig davon werde derzeit aber die Frage der Berücksichtigung von De-facto-Flüchtlings geprüft (Drs. 10/5230 und 5057).



Mitsprache der Fans gefordert: das Hearing im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie. Foto: Schüler

„Dickes Dankeschön“ dem scheidenden Vorsitzenden Dr. Albrecht Beckel

Kulturhoheit des Landes darf nicht angetastet werden

An historischen Tischen fand die letzte Sitzung dieser Legislaturperiode des Kulturausschusses statt — in einem Raum des Stadtmuseums zu Münster.

Nach der Begrüßung durch den Oberbürgermeister, Dr. Jörg Twenhöven, und einer vom Direktor Hans Galen geleiteten Führung durch das Museum, beschäftigte sich der Ausschuß im Rahmen der Aktuellen Viertelstunde mit der finanziellen Situation der Musikschulen in Nordrhein-Westfalen. Die F.D.P.-Abgeordnete Ruth Witteler-Koch hatte auf die angespannte Lage der 169 Musikschulen in NRW-Städten und Gemeinden hingewiesen, auf deren Träger Mehrkosten in Höhe von 24 Millionen Mark zukämen. Da den Eltern keine weitere Beitragserhöhung zugemutet werden könne, sei es nötig, die Zuschüsse aus Landesmitteln — derzeit und seit 20 Jahren unverändert 20 Mark pro Kind und Jahr bei Kosten von 1 000 Mark — anzuheben. Dr. Eugen Gerritz (SPD) unterstützte diese Forderung, betonte aber, es müsse auch über die Inhalte der Musikschularbeit nachgedacht werden. Kultusminister Hans Schwier (SPD) meinte, die Situation der Musikschulen müsse vom neugewählten Landtag diskutiert werden.

Anschließend gab der Ausschußvorsitzende, Dr. Albrecht Beckel, der nach 20jähriger Tätigkeit als Landtagsabgeordneter nicht mehr für die kommende Legislaturperiode kandidiert, einen kurzen Rückblick auf die Arbeit des erst 1980 eingerichteten Kulturausschusses. Er erinnerte u. a. an die Begegnungen mit Partnern aus Berufs- und Laienkultur sowie an die Beteiligung des Ausschusses an der Gesetzgebung. Insgesamt sei es auch gelungen, in der Öffentlichkeit des Landtags einen höheren Stellenwert der Kulturpolitik zu erlangen. Überhaupt habe erfreulicherweise das Interesse an Kultur zugenommen.

Das unterstrich auch Dr. Gerritz, der vorschlug, der neue Landtag solle eine Art „Kul-



Betrachten ein Modell der Stadt Münster im Mittelalter: v.l. der Direktor des Stadtmuseums Münster, Hans Galen, der scheidende Vorsitzende des Kulturausschusses, Dr. Albrecht Beckel (CDU), Kultusminister Hans Schwier (SPD), Dr. Eugen Gerritz (SPD) und Ruth Witteler-Koch (F.D.P.).

turkabinetts der Abteilungsleiter der einzelnen Ministerien“ einrichten. So ließen sich Überschneidungen der Zuständigkeitsbereiche besser koordinieren.

Ruth Witteler-Koch wies darauf hin, daß Nordrhein-Westfalen zwar die wichtigste Kulturlandschaft der Bundesrepublik sei, es dürfe aber nicht vergessen werden, daß dies in erster Linie das Verdienst der Ruhrgebiets-Großstädte und nicht das des Landes sei.

Manfred Böcker (SPD) meinte, der neue Kulturausschuß werde sich Gedanken darüber machen müssen, wo die Schwerpunkte

der landespolitischen Kulturarbeit liegen sollten — aber ohne daß die Kommunen aus ihrer Verantwortung entlassen würden. Der Blick der Kulturpolitik müsse zwar auf Europa gerichtet werden, die Kulturhoheit des Landes dürfe jedoch nicht angetastet werden.

Alle Ausschußmitglieder dankten Dr. Beckel für seine Arbeit — Ruth Witteler-Koch: „Ein dickes Dankeschön“ — und lobten die gute und trotz konträrer Ansichten harmonische Zusammenarbeit. Kommentar des Abgeordneten Leonhard Kuckart (CDU): „Der Ausschuß hat Kultur.“ N.M.

Ausschuß für Arbeit und Soziales: Dank der Fraktionen an Vorsitzenden Bräuer

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales führte unter Leitung des Vorsitzenden Karlheinz Bräuer (SPD) am 21. März 1990 die 61. und letzte Sitzung in der 10. Wahlperiode durch.

Dabei standen die Anträge der Fraktion der CDU zum „Programm zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs und der Rauschgiftkriminalität“ (Drs. 10/4267), „Verbesserung der Früherkennung und Förderung von Hörgeschädigten“ (Drs. 10/4457) sowie der Gesetzentwurf der Landesregierung über die Weiterbildung in der Gemeindekrankenpflege und in der psychiatrischen Krankenpflege (Drs. 10/4620) im Mittelpunkt. Der Antrag der CDU zur Früherkennung und Förderung von Hörgeschädigten wurde mit einer Änderung einstimmig angenommen.

Mit dem Antrag soll die Landesregierung aufgefordert werden, die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Früherkennung von Hörschäden und der Förderung Hörgeschädigter einzuleiten. Gesundheitsminister Hermann Heinemann (SPD) gab dem Ausschuß aufgrund der Auswertung der Anhörung einen aktualisierten Bericht. CDU-Sprecher Georg Gregull erklärte u. a. abschließend, diese Einigkeit der Fraktionen werde sich für die betroffenen Menschen positiv auswirken.

SPD-Sprecher Bodo Champignon wies darauf hin, daß die durchgeführte Anhörung eklatante Defizite zutage gebracht habe, die es im Interesse der Betroffenen so schnell wie möglich aufzuarbeiten gelte. Staatssekretär Dr. Wolfgang Bodenbender wies bei der abschließenden Beratung des Antrages der CDU-Fraktion zur Bekämpfung des Drogenmißbrauchs darauf hin, daß es seit der Einbringung des Antrags vor einem Jahr in der Drogenpolitik im Lande, aber auch darüber hinaus, erhebliche Bewegungen gegeben hatte. Seit einigen Monaten würde man sich insbesondere auf Länderebene zielstrebig auf einen drogenpoliti-

schen Gesamtkonsens in Bund und Ländern hinbewegen. Der CDU-Antrag sei eine wertvolle Initiative bei der Weiterentwicklung der Drogenpolitik.

Nach Auffassung des Sprechers der CDU-Fraktion, Hermann-Josef Arentz, sei es erfreulich, daß sich die Landesregierung zumindest zaghaft in Richtung des CDU-Antrages bewege, angesichts der weiteren quantitativen Verstärkung der Drogenproblematik seien die bisher von der Landesregierung ergriffenen Maßnahmen unzureichend und im Vergleich mit anderen Bundesländern sowohl quantitative als auch qualitative Unterschiede festzustellen. Man habe dem Bericht des Sozialministeriums entnommen, daß die Politik der Landesregierung in einigen Bereichen den im Antrag dargelegten Forderungen der CDU entspreche. Wenn dies so stimme und die Umsetzung nur an mangelnden Finanzen scheitere, könnte die gemeinsame Annahme des Antrags sinnvoll und hilfreich sein.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Wolfram Kuschke, begrüßte die vom Ministerium angekündigten drogenpolitischen Maßnah-

Fortsetzung Seite 16

Experten einig: Juristenausbildung muß deutlich verkürzt werden

Als eine sehr informative und aufschlußreiche Veranstaltung lobten die Vertreter von SPD- und CDU-Fraktion die Sachverständigenanhörung im Rechtsausschuß zu möglichen Reformüberlegungen zur Juristenausbildung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse in NRW. Der Ausschuß erhoffte sich davon Anregungen und Hinweise zu Grundsatzfragen der juristischen Ausbildung, zu grundlegenden Reformüberlegungen vor dem Hintergrund der europäischen Einigung sowie zum Problem der Koordinierung der Juristenausbildung innerhalb der EG. Alle Sachverständigen waren sich, so der Vorsitzende Friedrich Schreiber (SPD) in seinem Resümee, einig, daß die Juristenausbildung in der Bundesrepublik unbedingt verkürzt werden muß, die gesamte Ausbildung durch Stoffverringering und durch Änderung der Prüfungsanforderungen entfrachtet werden muß sowie eine bessere Methodik des Studiums sinnvoll wäre.

Professor Großfeld aus Münster sprach im Zusammenhang mit der derzeitigen Form der Juristenausbildung von „Zeitdiebstahl an unseren jungen Menschen“. Er war sich sicher, daß die Juristenausbildung derzeit den Ansprüchen einer wissenschaftlichen Ausbildung nicht standhält. Er forderte Vertrauen in die Jugend mit mehr Freiraum und mehr Möglichkeiten zur Kreativität in allen wissenschaftlichen Bereichen, wobei er der Juristenausbildung eine Pilotfunktion zuwies. Professor Stober, ebenfalls Münster, fordert eine Abkehr von der forensischen Ausrichtung der Ausbildung. Er war sich mit seinem Kollegen unter anderem darin einig, daß eine Reduzierung der bisherigen Stofffülle in der Ausbildung erforderlich ist, ebenso die Abkehr von der national-staatlich orientierte Art der Ausbildung. Er regte den Modellversuch einer privaten juristischen Fakultät an und erklärte sich bereit, darin mitzuarbeiten. Professor Petev, eben-

falls Münster, wies in seinen Ausführungen auf die Erfahrungen im Ausland hin und forderte eine Konzentrierung der Lehre auf grundsätzliche Fragen. Man müsse davon ausgehen, so der Sachverständige weiter, daß eine Konzentration auf einen Beruf in der Juristenausbildung nicht möglich ist.

Professor Herzberg von der Universität Bochum, der ebenfalls für eine Verkürzung der Juristenausbildung eintrat und dies durch Stoffverringering zu erreichen glaubt, war davon überzeugt, daß Studenten mit acht oder neun Semestern Studiendauer auskommen könnten. Nach seiner Meinung sollte man am juristischen Staatsexamen nach Abschluß des Studiums festhalten und die praktische Ausbildung im Beruf ermöglichen. Auf Nachfrage des Sprechers der CDU-Fraktion, Dr. Hans-Ulrich Klose, nahm er die Hochschullehrer selbst in die Pflicht und forderte seine Kollegen auf, die Vorlesungen methodisch abwechslungsreicher zu gestalten. Um zu einer Verkürzung zu kommen, müsse man nach seiner Meinung unter anderem die Wahlfächer opfern. Einzelfragen der juristischen Ausbildung stellen für Professor Großfeld nur Nebenkriegsschauplätze dar, für ihn sei die überlange Dauer der Ausbildungszeit, die fehlende Kreativität und mangelnde internationale Erfahrung, also eine grundsätzliche Reform der Juristenausbildung das Hauptanliegen. Professor Stober ergänzte seinen Kollegen Herzberg und regte an, mehr Plan- und Rollen spiele in die universitäre Ausbildung mitaufzunehmen. Das Staatsexamen sollte nach seiner Meinung in der Juristenausbildung abgeschafft und dem Bereich übertragen werden, in dem der Jurist später seine Anstellung findet.

Studium straffen

Dr. Bilda, Präsident des Landgerichts Bielefeld, ein Kenner auch der einstufigen Bielefelder Juristenausbildung, trat ebenfalls für eine Verkürzung ein. Die juristische Ausbildung sollte den Zugang zu allen juristischen Berufen ermöglichen, forderte Dr. Bilda, wobei er sich sicher war, daß man das Studium dennoch auf sechs Semester straffen könnte. Die Arbeit am Sachverhalt, den er für besonders wichtig halte, könne man seines Erachtens nur in der Praxis erlernen. Die

notwendige Spezialisierung konnte dann erst nach Abschluß der Prüfung erfolgen. Der Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Arnsberg, Günter Proppe, erhoffte sich von der Verkürzung der Wartezeit zwischen Studium und Vorbereitungsdienst nur eine unwesentliche Verkürzung der Ausbildung. Die Juristenausbildung dauere zur Zeit rund zehn Jahre und trotzdem seien die Berufsanfänger nicht ausreichend vorbereitet und bedürften noch weiterer Ausbildung. Er forderte eine Verkürzung des Vorbereitungsdienstes auf zwei Jahre und eine berufsorientierte Aufgliederung sowie eine effektivere Ausbildung durch stärkere Eingliederung des Referendars in den Arbeitsablauf. Ministerialdirigent Schmidt, Präsident des Landesjustizprüfungsamts Hessen entwickelte sein Modell einer Ausbildung, wonach nach einem Universitätsgrundstudium von etwa drei Jahren und nach einem anschließenden Schwerpunktstudium von einem bis anderthalb Jahren eine auf die jeweiligen grundsätzlichen Tätigkeitsfälle des Juristen abgestimmte praktische Ausbildung von 18 Monaten folgen könnte. Der Präsident des nordrhein-westfälischen Landesjustizprüfungsamtes räumte ein, daß gegenüber ausländischen Konkurrenten die deutsche Juristenausbildung in zeitlicher Hinsicht die Absolventen benachteiligt. Auch er forderte eine grundlegende Neuordnung mit dem Ziel, nach sechseinhalb bis sieben Jahren eine berufsgeeignete Ausbildung des Jurastudenten abschließen zu können.

Bernard Boyer, Richter in Paris und Dozent der juristischen Fakultät der Universität Paris, zeigte die wesentlichen Unterschiede zwischen der Juristenausbildung in Frankreich und in der Bundesrepublik auf.

Das französische Ausbildungssystem sei so aufgebaut, daß Studenten aus der Bundesrepublik problemlos zum weiteren Studium zugelassen werden. In der Bundesrepublik ist das Jurastudium so geregelt, daß jeder Teil der Ausbildung durch eine umfassende Abschlußprüfung beendet werden kann. Diese Prüfungsleistungen werden aber beim Abschlußexamen nicht berücksichtigt, und damit gebe es auch keinerlei Befreiung für im Ausland erbrachte Studienleistungen und keine Anrechnung von dort abgelegten Prüfungen. Dies hat zur Folge, daß es keinen Franzosen mit erstem juristischen Staatsexamen in der Bundesrepublik gebe. Dies ist nach Ansicht von Herrn Boyer eine Diskriminierung und steht im Gegensatz zur weiteren Europäisierung.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Albert Klütsch, sprach von einem exzellenten Ergebnis der Anhörung, was alle übrigen Mitglieder des Rechtsausschusses bestätigen. Er kam mit dem Sprecher der CDU-Fraktion überein, die übereinstimmenden Thesen und einvernehmlichen Feststellungen in einem gemeinsamen Papier festzuhalten und als Eckpunkte einer späteren Reformierung festzulegen.

In einer Monitor-Fernsehsendung vom 8. November 1988 und in einem Bericht der Frankfurter Rundschau vom 3. Januar 1990 wurde der Eindruck erweckt, daß Ermittlungsverfahren gegen einen ehemaligen Aufseher im Polizeigefängnis „Kleine Festung Theresienstadt“ wurde nur „sehr gemächlich“ ermittelt, in der Hoffnung, daß „sich der Prozeß fast ganz von selbst“ erledigen würde. Staatssekretär Dr. Röwer stellte dazu fest, es habe keine Mängel der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungstätigkeiten gegeben.



Im Auftrag des Rechtsausschusses hat dessen Vorsitzender Friedrich Schreiber (SPD, 2. v. l.) ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen Steuergewerkschaft, Landesverband Nordrhein-Westfalen, unter Leitung des Landesvorsitzenden Hegemann geführt. Dabei ging es um Vorschläge zur Entlastung der Finanzrichter durch den gehobenen Dienst. An der Runde nahm auch der SPD-Abgeordnete Albert Klütsch (3. v. l.) teil.

Foto: Schüler

Arbeitsgruppe schulische und berufliche Förderung von ausländischen Jugendlichen zieht Bilanz**Ausländer nicht benachteiligen:
Auch ein vereinigtes Deutschland
soll interkulturelle Werte achten**

Die Arbeitsgruppe „Schulische und berufliche Förderung von ausländischen Jugendlichen“, die erstmals in der 9. Legislaturperiode vor dem Hintergrund wachsender Ausländerfeindlichkeit vom Ausschuß für Schule und Weiterbildung eingesetzt worden war, hat auch in der 10. Wahlperiode in 22 Sitzungen, davon 13 auswärtige Sitzungen, die Problematik der Beschulung ausländischer Schülerinnen und Schüler beraten. Unter Federführung von Jürgen Schaufuß (SPD) legte die Arbeitsgruppe, der die Abgeordneten Hans Jaax (SPD), Heinz Hilgers (SPD), Hildegard Matthäus (CDU), Beatrix Philipp (CDU) und Rudolf Wickel (F.D.P.) angehören, jetzt den Abschlußbericht zur 10. Wahlperiode vor.

Beratungsschwerpunkte der 10. Wahlperiode waren

- Novellierung der Richtlinien „Unterricht für ausländische Schüler“ durch Erlass vom 6. Juli 1987

Auf Anregung der Arbeitsgruppe wurde die Mindestteilnehmerzahl für den muttersprachlichen Ergänzungsunterricht von 15 auf 10 Schüler und Schülerinnen gesenkt; eine positive Versetzungswirksamkeit im Range einer Prognoseklausel erreicht; die Einrichtung von Schwerpunktschulen für einzelne Ausländergruppen ermöglicht; der muttersprachliche Unterricht qualifiziert und die Möglichkeit, die Muttersprache anstelle einer Fremdsprache zu erlernen, hervorgehoben.

- Regelförderung der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher

Die Arbeitsgruppe konnte sicherstellen, daß die im Rahmen eines Modellversuchs eingerichteten Regionalen Arbeitsstellen in eine Regelförderung durch den Landeshaushalt übernommen wurden und auch weitere RAA's eingerichtet werden konnten.

- Einschulungshilfen

Die Arbeitsgruppe hat erreicht, daß die Einschulungshilfen für Kinder, die keinen Kindergarten besuchen konnten, weiterhin vom Land zu 70 Prozent bezuschußt werden.

- Qualifizierung des muttersprachlichen Ergänzungsunterrichts

Die Arbeitsgruppe hat den Kultusminister aufgefordert, das Sprachenkonzept von seiner migrationspädagogischen Ausrichtung her weiterzuentwickeln zu einem Lernbereich mit Blick auf die Öffnung des Europäischen Binnenmarktes.

- Beschulung von Asylbewerberkindern

Die Arbeitsgruppe hat den Kultusminister aufgefordert, Kinder von Asylbewerbern auch ohne rechtlichen Anspruch die Möglichkeit einzuräumen, nordrhein-westfälische Schulen zu besuchen.

- Islamische Unterweisung und griechisch-orthodoxer Religionsunterricht

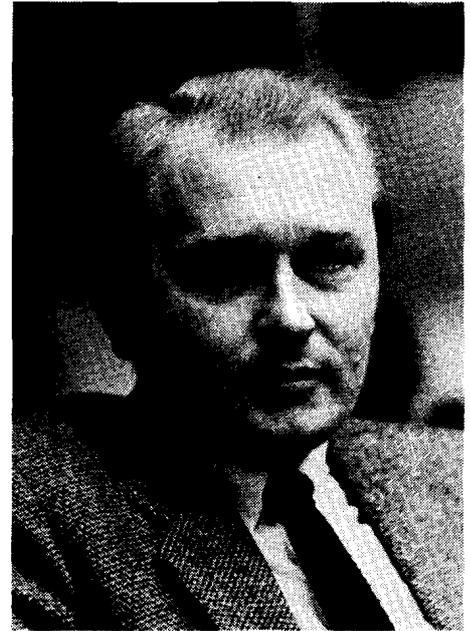
Die Arbeitsgruppe stellt fest, daß Nordrhein-Westfalen führend in der Erarbeitung von Materialien für Religionsunterricht für ausländische Schüler ist. Sie fordert aber, den Religionsunterricht mit zwei Wochenstunden regelmäßig zu erteilen.

- Lehrerversorgung

Die Arbeitsgruppe ist nach wie vor der Auffassung, daß die Lehrerversorgung für den Unterricht für ausländische Schüler unzureichend ist. Sie bedauert, daß sie sich mit ihrer Forderung, einen eigenständigen Einstellungskorridor für ausländische Lehrer vorzu-

sehen, und auch für Realschulen und Gymnasien einen Stellenzuschlag für die Unterrichtung ausländischer Schüler und Schülerinnen von 60:1 im Rahmen der jährlichen Haushaltsberatungen nicht hat durchsetzen können.

Abschließend stellt die Arbeitsgruppe positiv fest, daß sich die Situation der ausländischen Schüler und Schülerinnen in den letzten fünf Jahren erheblich verbessert hat. Das Gros der Kinder kommt — häufig nach dem Besuch eines deutschen Kindergartens — besser vorbereitet in die Grundschule. Die meisten ausländischen Schüler und Schülerinnen beenden ihre schulische Laufbahn im Sekundarbereich erfolgreich. Das Zusammenleben zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen ist verbessert worden. Die Informationen für ausländische Eltern über unsere Bildungsgänge sind intensiviert worden. In vielen Schulen arbeiten ausländische Eltern in den Mitwirkungsgremien mit. Positiv hob die Arbeitsgruppe auch das persönliche Engagement der nordrhein-westfälischen Lehrerinnen und Lehrer bei der Arbeit mit ausländischen Kindern und Jugendlichen hervor und lobte die hohe Professionalität der Pädagoginnen und Pädagogen dank der gezielten Fortbildungsmaßnahmen des Landes. Einen



Jürgen Schaufuß (SPD)

wesentlichen Beitrag zur Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger haben nach Ansicht der Arbeitsgruppe die 14 Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher geleistet.

Bei der Vorlage des Abschlußberichts führte der Vorsitzende Jürgen Schaufuß (SPD) aus: „Bei aller deutsch-deutscher Euphorie, die die geschichtlichen Ereignisse unserer Tage mit sich bringt, dürfen wir nicht die europäische Dimension unserer Handlungsziele aus den Augen verlieren. Dazu gehört auch, dafür Sorge zu tragen, daß unsere Gesellschaft sich zu einer interkulturellen Gesellschaft weiterentwickelt, in der Toleranz gegenüber anderen Kulturen und die Achtung der Menschenwürde — auch des Fremden — das allgemeine Bewußtsein bestimmen.“

Hörfunkkette...

Fortsetzung von Seite 3

nung auf den verfassungsrechtlichen Prüfstand stellen“, sagte Pohl. Das duale System sei in jedem Falle verletzt.

Der SPD-Medienfachmann Jürgen Büsow hielt dagegen, die Opposition bleibe mit ihrer Auffassung im Wirtschaftsraum NRW isoliert. Kein relevantes Medienunternehmen teile ihre Auffassung. Was ihn jedoch verärgere, sei die Behauptung, die Mehrheitsfraktion habe dem Ziel, den lokalen Rundfunk zu befördern, dadurch entgegengewirkt, daß Frequenzen an die fünfte Hörfunkkette gingen. Wenn die Daten der Post stimmten, sei es unsinnig, Nordhelle aus der fünften Kette herauszuberechen.

Eine der entscheidenden Fragen stellte der Fraktionsvorsitzende der F.D.P., Dr. Achim Rohde. Er wollte wissen, welchen Anteil am Werbemarkt die Privaten hätten erreichen können. Laut Clement besteht in NRW ein Werbemarkt von 200 Millionen Mark. 80 bis 90 Millionen Mark gingen davon an den WDR. Würden die Privaten die fünfte Kette bekommen, könnten sie rund 100 Millionen Mark abschöpfen. Die aber würden zum

Aufbau des lokalen Rundfunks fehlen. Wolfgang Clement betonte, wenn man die Lebensfähigkeit des lokalen Rundfunks wolle, gehe das nur, wenn man ihm über einen gewissen Zeitraum Schutz gebe. Er wehrte sich gegen das Argument mit dem Kartellrecht. Das Kartellrecht sei untauglich bei Medienfragen und könne keine Antwort geben, ob der lokale Rundfunk wirtschaftlich zu erhalten sei.

★

Lothar Harloff aus Düsseldorf hat aus den Händen seines Präsidenten Professor Dr. Eberhard Munzert die Ernennungsurkunde zum Direktor beim Landesrechnungshof entgegengenommen. Harloff, seit 1967 beim Landesrechnungshof, übernimmt den Vorsitz im V. Senat und wird zugleich zuständig für die Prüfung des Geschäftsbereichs des Ministers für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr. Als Nachfolger von Harloff hat Munzert als neues Mitglied des Landesrechnungshofs Dr. Hartmut Heikaus aus Wülfrath eingeführt. Heikaus war 1986 vom nordrhein-westfälischen Finanzministerium zum Landesrechnungshof gewechselt, wo er bisher als Referent im Prüfungsdienst tätig war.

Verkehrsausschuß tritt für Pilotstudie ein

Anlage-Profil für Güterverkehrszentren

Mit den Anträgen der Fraktionen der SPD, CDU und F.D.P. zu den Güterverkehrszentren in Nordrhein-Westfalen (Drucksachen 10/4871, 10/4951 und 10/5001) befaßte sich der Verkehrsausschuß unter Vorsitz von Erich Kröhan (SPD) in seiner Sitzung am 15. März 1990.

Der stellvertretende verkehrspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Manfred Hemmer, brachte für seine Fraktion folgende Beschlußempfehlung ein:

„1. Der Verkehrsausschuß begrüßt, daß die Landesregierung zur Vorbereitung einer Pilotstudie zur Erarbeitung von Kriterien und Anforderungsprofilen für Güterverkehrszentren in Nordrhein-Westfalen eine begleitende Beratergruppe gebildet hat, die aus Vertretern der Deutschen Bundesbahn, des Verkehrsgewerbes, der Industrie- und Handelskammern, der Kommunalen Spitzenverbände und der beteiligten Ministerien besteht. Der Verkehrsausschuß erwartet, daß die in den Anträgen der Fraktionen der SPD, F.D.P. und CDU (Drucksachen 10/4871, 10/4951 und 10/5001) ausgeführten Grundsätze in die Beratungen einbezogen werden. Ferner geht der Verkehrsausschuß davon aus, daß durch diese konzeptionellen Arbeiten laufende Genehmigungsverfahren über kommunale Projekte zur Errichtung von Güterverkehrszentren nicht beeinträchtigt werden.

2. Der Verkehrsausschuß ersucht die Landesregierung, bis zum 1. Oktober 1990 einen Zwischenbericht über die Empfehlungen der Beratergruppe und den Stand der Pilotstudie vorzulegen.“

Mit diesem Vorschlag, der auf einhellige Zustimmung aller drei im Verkehrsausschuß vertretenen Fraktionen traf, wurde erreicht,

daß das Thema der drei vorliegenden Anträge zu den Güterverkehrszentren erneut in der nächsten Legislaturperiode Gegenstand der Beratungen im Verkehrsausschuß sein wird.

Die Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, Marianne Thomann-Stahl, legte großen Wert darauf, daß durch diesen Beschluß laufende Genehmigungsverfahren über Projekte zur Errichtung von Güterverkehrszentren im Lande nicht behindert, sondern vielmehr planmäßig weiterlaufen könnten. CDU-Sprecher Heinrich Dreyer betonte die Notwendigkeit von Güterverkehrszentren für Handel und Industrie in Nordrhein-Westfalen auch vor dem Hintergrund des Gemeinsamen Marktes in der Europäischen Gemeinschaft ab 1993. Das Thema Güterverkehrszentren wird in der kommenden Legislaturperiode eine wichtige Rolle in den Beratungen des Verkehrsausschusses spielen. Die von der SPD-Fraktion vorgelegte Beschlußempfehlung wurde einstimmig angenommen.

Weitere Themen dieser Sitzung waren das Jahresprogramm 1990 zur Förderung des kommunalen Radwegebbaus in Nordrhein-Westfalen, die Gutachten zur Verbesserung der Verkehrssituation im Ruhrkorridor B 1/A 430, der zweite Verkehrssicherheitsbericht der Landesregierung und ein Bericht über den behindertengerechten Einbau bzw. die Nachrüstung von Stadtbahnanlagen und S-Bahn-Anlagen mit Aufzügen.

Frauenpolitik...

Fortsetzung von Seite 9

Der Ausschuß hat schließlich in seiner Stellungnahme an den federführenden Ausschuß für Innere Verwaltung mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. empfohlen, den Antrag für erledigt zu erklären.

Der SPD-Antrag „Frau und Beruf“ wurde unter Berücksichtigung von Änderungen mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen angenommen. Die von der SPD selbst eingebrachten Änderungen und Ergänzungen resultierten aus den Ergebnissen der zum Antrag durchgeführten Anhörung: Möglichkeit der Schaffung eines Personal-Pools für kleinere Betriebe, Festschreibung der Frauenförderung in Tarifverträgen, Gestaltung des Erziehungsgeldes im Sinne einer Lohnersatzfunktion. Im übrigen seien nach Auffassung der SPD-Fraktion in der Anhörung die Forderungen des Antrags, der einen Baustein im Gesamtgefüge der Frauenpolitik darstelle, bestätigt worden.

Bewußtseinsänderung

Nach Auffassung der Fraktion der CDU könnten zwar einige der im Antrag formulierten Forderungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen unterstützt werden, insgesamt lehne man den Antrag jedoch wegen der Form, in der er abgefaßt worden sei, ab.

Der Antrag könne eigentlich, so die Sprecherin der Fraktion der F.D.P., für erledigt erklärt werden, da er lediglich bereits bekannte Forderungen und Positionen enthalte. Zudem sei er nicht geeignet, zu der unbedingt notwendigen Bewußtseinsänderung, die bereits im Kindergarten beginnen müsse, beizutragen.

Lob zum Abschied für Gerd Müller

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie würdigten Joachim Westermann (SPD), Franz Skorzak (CDU) und Ruth Witteler-Koch (F.D.P.) die kompetente und faire Ausschußführung des Vorsitzenden Gerd Müller (SPD) aus Mülheim/Ruhr, der nach 3 1/2-jähriger Amtsdauer und zehnjähriger Zugehörigkeit zum NRW-Landtag das Parlament verläßt, um wieder in seinen Beruf zurückzukehren. Müller bezeichnete das verstärkte Eintreten des Ausschusses für den Mittelstand, für neue Technologien und für den Umbau der NRW-Wirtschaft als erfolgreich und gemeinsame Beschlüsse aller drei Fraktionen bei wichtigen Anliegen, etwa in der Kohle- und Stahlpolitik oder bei der Mobilisierung von Industrieflächen und Altlastensanierung als vorbildlich für die Arbeit des Parlaments. Zuvor wurde aus den Reihen der Opposition an der Präsentation der NRW-Werbung für den Fremdenverkehr auf der Internationalen Tourismus-Börse Berlin deutliche Kritik geäußert. „Stahl vermittelt Kälte“, meinte Frau Witteler-Koch zum ausgestellten Roboter, während Urlaubswerbung eher an Wärme und Wohlgefühl zu richten sei. „Zu professionell und zu herzlos“ fand, auch im Vergleich zum benachbarten

Kölner Stand, CDU-Kollege Werner Schumacher die NRW-Fremdenverkehrswerbung, die zudem nicht mit den Verbänden

abgestimmt gewesen sei. SPD-Abgeordneter Joachim Westermann hielt dagegen die multimediale Information für sehr gelungen.



Blumen für den Ausschußvorsitzenden Gerd Müller (SPD, 7. von r.) und gesammelte Plenarreden für sechs weitere ausscheidende Mitglieder gab es am Schluß der 72. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie am 21. März. Sprecher aller Fraktionen lobten die faire Ausschußführung und gutes Klima im Ausschuß.

Foto: Schüler

Kommission zur Erhaltung der bundesstaatlichen Ordnung legt ersten Bericht vor

Alle Denkmodelle für Vereinigung basieren auf föderativen Konstruktionen

Die Kommission „Erhaltung und Fortentwicklung der bundesstaatlichen Ordnung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland — auch in einem Vereinten Europa“ unter ihrem Vorsitzenden, dem ehemaligen Landtagspräsidenten John van Nes Ziegler, hat den ersten Teil ihres Berichtes vorgelegt. Dieser Bericht Teil Eins soll am 30. März 1990 im Plenum des Landtages diskutiert werden. Er gibt Gelegenheit zu einer umfassenden Auseinandersetzung über Situation und Selbstverständnis der Landesparlamente im heutigen Föderalismus.

Das deutsche bundesstaatliche System habe von 1949 bis zur Gegenwart einen anhaltenden „Unitarisierungsprozeß“ erfahren, heißt es seitens der Kommission. Trotz vereinzelter Reföderalisierungsversuche in den 80er Jahren könne von einer Wiederherstellung des Gleichgewichts zwischen Bund und Ländern nicht die Rede sein. Gerade die Landesparlamente seien von diesem „Unitarisierungstrend“ besonders stark betroffen. Zwar gebe es eine Fülle von Reformvorschlägen. Ihre praktische Umsetzung sei jedoch bisher außerordentlich dürtig geblieben. Die zentralistischen Tendenzen im europäischen Integrationsprozeß seien als zusätzliche Gefährdung für die Landesparlamente hinzugetreten und würden in Zukunft noch stärker ins Gewicht fallen.

Im Bewußtsein dieser Situation hat der Landtag Nordrhein-Westfalen am 9. November 1988 die Kommission eingesetzt. Ihr gehören neben dem Vorsitzenden John van Nes Ziegler die Professoren Dr. Jürgen Baur, Dr. Hans Boldt, Dr. Michael Bothe, Dr. Hans-Uwe Erichsen, Dr. Fritz W. Scharpf, Dr. Michael Schweitzer sowie Staatssekretär a. D. Karl-Friedrich Brodeßer und Staatsminister a. D. Gerd Ludwig Lemmer an. Die Geschäftsführung hat der Direktor beim Landtag, Heinrich A. Große-Sender. Wissenschaftliche Assistenten sind Roland Lhotta, Beate Zielke und Brunhilde Schoel. In einer Stellungnahme der Kommission heißt es ferner, das Thema Föderalismus habe auch durch die seit November 1989 in der DDR stattgefundenene Entwicklung an Aktualität gewonnen, denn alle Denkmodelle zu einer Vereinigung beider deutscher Staaten basierten auf föderativen Konstruktionen. Strittig sei allerdings der verfassungsrechtlich probate Weg: Hier stelle sich die Frage nach der Präferenz für Artikel 23 Absatz 2 Grundgesetz oder Artikel 146 Grundgesetz. Die Kommission habe sich angesichts der Wichtigkeit dieser Frage für die deutschen Bundesländer und ihre Parlamente entschlossen, auch hierzu kurz Stellung zu nehmen.



Nach der Übergabe des Berichtes: v.l. Landtagsdirektor Heinrich Große-Sender, der SPD-Abgeordnete Jürgen Büssow, Landtagspräsident Karl Josef Denzer, der Vorsitzende der Kommission, John van Nes Ziegler, Wissenschaftlicher Assistent Roland Lhotta, Professor Dr. Hans Boldt, Wissenschaftliche Assistentin Brunhilde Schoel, der CDU-Abgeordnete und stellvertretende Vorsitzende des Hauptausschusses, Dr. Wilfried Heimes, Staatsminister a. D. Gerd Ludwig Lemmer sowie der SPD-Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Hauptausschusses, Professor Dr. Friedhelm Farthmann.
Foto: Schüler

Die gegenwärtige verfassungsrechtliche Diskussion tendiere dazu, den Weg über Artikel 23 zu favorisieren. Gerade aus der Sicht der Landesparlamente würde hiermit jedoch eine große Chance vertan. Artikel 146 böte dagegen die Möglichkeit zur Ausarbeitung einer neuen gesamtdeutschen Verfassung. Dies impliziere auch die Gelegenheit, Funktionsmängel des bundesdeutschen Föderalismus einer grundsätzlichen Revision zu unterziehen. Artikel 146 böte darüber hinaus die demokratisch sauberere Lösung. Zwar sehe der Artikel 146 kein bestimmtes Verfahren für eine gesamtdeutsche Verfassungsgebung vor, in jedem Falle aber müsse diese vom Träger der Staatsgewalt ausgehen. Seitens der Bundesrepublik Deutschland wäre dies nach Artikel 20 Satz 1 Grundgesetz das gesamte Volk, das nach Absatz 2 Satz 2 des genannten Artikels durch die dort genannten Organe repräsentieren werde. Zu diesen Organen zählten als unmittelbarste Repräsentanten des Volkes die Parlamente.

Landesinteressen

Nach Angaben der Kommission und ihres Vorsitzenden könnte man gemäß Artikel 30 Grundgesetz in dieser Frage zunächst eine Kompetenzzuweisung für die Landesparlamente vermuten. Aus dem Gegenargument, daß Artikel 30 Grundgesetz für den Fall der Ausarbeitung einer gesamtdeutschen Verfassung nicht zur Anwendung komme, könne jedoch nicht der Schluß gezogen werden, daß dann der Bund, d. h. Bundestag und Bundesrat, zuständig wären, denn es wären trotzdem vitale Landesinteressen betroffen. Eine neue gesamtdeutsche Verfassung würde auch eine grundlegende Änderung der bisherigen föderalistischen Struktur sowie eine Neugewichtung der Län-

der und ihrer Verfassungsorgane bedeuten. Mangels anderer Vorschriften im Grundgesetz müßten deshalb zumindest Bundes- und Landesparlamente gleichrangig zuständig sein.

Die nach Auffassung der Kommission neue Aktualität des Föderalismus lasse sich jedoch nicht nur auf die Ereignisse in der DDR und die sich daraus ergebenden Fragen zurückführen. Der Landtag habe auf Anregung der Kommission eine Repräsentativumfrage bei der Bevölkerung Nordrhein-Westfalens in Auftrag gegeben, die sich mit dem Land als politischer Handlungsebene befasse. Hierbei seien Meinungen und Einstellungen zu Föderalismus, Landespolitik und zur Rolle des Landtages im Hinblick auf die europäische Integration erhoben worden.

Bemerkenswert sei hier die grundsätzliche Bereitschaft der Bürger, eine stärkere Eigenständigkeit der Landespolitik zu akzeptieren oder sogar zu fordern. Immerhin 50 Prozent der Befragten hätten sich dafür ausgesprochen, daß Landtag und Landesregierung in Nordrhein-Westfalen generell (41 Prozent) oder aber in bestimmten Aufgabenbereichen (neun Prozent) die Möglichkeit haben sollten, eigene Lösungen zu finden, die für das Land und seine Bürger paßten. Bemerkenswerterweise finde eine eigenständige Landespolitik eine um so stärkere Zustimmung, je jünger die Befragten und je höher die erreichten Bildungsabschlüsse seien. Demzufolge lasse dies den Schluß zu, daß aus der Sicht der Bürger gerade nicht der Föderalismus, sondern eher nationalstaatlich-zentralistische Vorstellungen zu den Ideen von gestern gehörten.

Die Kommission vermerkt darüber hinaus, daß die Akzentuierung der Länderebene bei den Bürgern nicht mit dem Prozeß der europäischen Integration kollidiere. Zwar hätten

Fortsetzung Seite 19

Mensch und Technik

Kommission knüpft bei Medizin und Gesundheit an

Mit einer Debatte zum Gutachten „Inhalte und Gestaltung parlamentarischer Arbeit im Bereich ‚Mensch und Technik‘“, das Professor Dr. Ing. Klaus Henning von der RWTH Aachen im Auftrag der Kommission erarbeitete, hat die Kommission „Mensch und Technik“ am 19. März 1990 ihre Arbeit in der 10. Legislaturperiode beendet. Dieses höchst lesenswerte Gutachten, der Kommission in einer Lang- und – für den schnellen Leser – einer Kurzfassung präsentiert, leistet dreierlei:

- 1.) Es nimmt aus Wissenschaftler-Sicht Stellung zu dem erstmaligen Versuch eines Landesparlaments, Fragen einer vorausschauenden Technikfolgenabschätzung in einer speziellen Kommission neben und übergreifend zu den klassischen Landtagsausschüssen zu behandeln.
- 2.) Es entwirft Ziele und Bewertungsmaßstäbe für eine zukunftsorientierte Technikgestaltung und stellt einige Prinzipien für eine vorausschauende, umwelt- und sozialverträgliche Technikgestaltung zur Diskussion und
- 3.) es erörtert verschiedene Möglichkeiten, wie die Arbeit in den Technikfeldern fortgesetzt werden kann, die bisher von der Kommission behandelt worden sind, und es werden neue Technikfelder für eine künftige Kommissionsarbeit vorgeschlagen.

Dazu zwei Beispiele: Die Medizin und Gesundheitstechnik ist ein Bereich, in dem die Technik in den letzten Jahren sehr große Fortschritte gemacht hat. U. a. durch den Einsatz von neuen computergestützten Diagnosemöglichkeiten (z. B. Computertomographie) und neuen Operationstechniken (z. B. Laserchirurgie) wurden die technischen Hilfsmittel, die den Ärzten zur Verfügung stehen, tiefgreifend verändert. Die medizinische Versorgung ist eine der wichtigsten gesellschaftlichen Aufgaben. Im Spannungsfeld von Leben, Krankheit und Tod werden grundlegende Fragestellungen der menschlichen Existenz angesprochen, die dazu führen, daß der Technikeinsatz in diesem Bereich eines besonderen Verantwortungsbewußtseins bedarf.

Dieses Technikfeld würde der Kommission eine gute Möglichkeit bieten, an bisher geführte Diskussionen in den Bereichen „Bio- und Gentechnologie“, „Neue Informations- und Kommunikationstechniken“ (z. B. Expertensysteme und Datenbanken in der Medizin) und „Neue Werkstoffe“ (z. B. künstlicher Organersatz) anzuknüpfen. Ein anderes Technikfeld ist die Energietechnik, in der heute Fragen des Energiesparens, der effizienten Energienutzung und der Auswahl und Förderung umweltfreundlicher Energiearten eine wesentliche Rolle spielt. Auf Nordrhein-Westfalen kommt die Aufgabe zu, aufbauend auf den vorhandenen Ressourcen und Strukturen eine Energiepolitik der Zukunft zu realisieren, die die Gefahren der Klimaveränderung ernst nimmt. Die frühzeitige Produktion und Anwendung



Der türkische Generalkonsul Bozkurt Aran (l.) hat dem Landtag einen Antrittsbesuch abgestattet. Er wurde mit seinen Begleitern von Landtagsvizepräsidentin Ingeborg Friebe empfangen. Foto: Schüler

Dank an Bräuer...

Fortsetzung von Seite 11

men im Rahmen der konzeptionellen Weiterentwicklung des Landes-Drogenprogramms. Die von der Fraktion der CDU kritisierte Mittelfristigkeit der Planung sei in diesem Zusammenhang eher positiv zu bewerten und nicht als Verzögerungsstrategie anzusehen. Es sei zudem besonders zu begrüßen, daß sich die Bundesländer im Einklang mit der Bundesregierung auf einen drogenpolitischen Konsens zubewegten. Nach Auffassung der Sprecherin der F.D.P.-Fraktion, Marianne Thomann-Stahl, könnte bei den Maßnahmen einer notwendigen Drogenpolitik Einigkeit zwischen den Fraktionen erzielt werden. Man stimme z. B. mit der Landesregierung überein, daß die Legalisierung von harten und die Freigabe von weichen Drogen nicht der richtige Weg sei. Notwendig sei vielmehr, die internationale Zusammenarbeit der Polizei- und Zollbehörden zu verbessern, den Bereich der Drogenberater auszubauen sowie die illegalen Gewinne aus dem Drogengeschäft abzuschöpfen. Diese Punkte seien jedoch in dem vorliegenden Antrag nicht hinreichend berücksichtigt; die F.D.P.-Fraktion werde sie daher mit Hilfe eines Entschließungsantrages einbringen.

Bei der abschließenden Beratung lehnte der Ausschuß den CDU-Antrag mit den Stim-

hizu geeigneter Technologien kann auch international langfristig einen Standortvorteil Nordrhein-Westfalens bedeuten. Mit all seiner Dynamik könnte dieses Technikfeld für die Kommission ein Arbeitsgebiet darstellen, das wegen seiner Querschnittswirkung (vom Bauwesen über den Produktions- bis zum Verkehrsbereich) und seiner ökologischen Brisanz der Kommission einen wesentlichen Beitrag zu einer zukunftsverträglichen Gestaltung des Verhältnisses „Mensch und Technik“ in Nordrhein-Westfalen ermöglichen würde.

men der SPD gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der F.D.P. ab.

Zum Gesetzentwurf über die Weiterbildung in der Gemeindekrankenpflege und in der psychiatrischen Krankenpflege legte Hermann-Josef Arentz (CDU) vor der Abstimmung Änderungsanträge vor, und zwar sollte Paragraph 1 Absatz 1 um den Bereich „Pflegedienstleistung“ erweitert werden. Absatz 2 des Änderungsantrages der Fraktion der SPD wurde auf Antrag der Fraktion der CDU um den Bereich „Gemeindealtenpflege“ erweitert. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. In Paragraph 5 sollte folgender Absatz 3 eingefügt werden: „Die am Tage der Verkündung des Gesetzes bestehenden Weiterbildungseinrichtungen können innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes dem Regierungspräsidenten anzeigen, daß die Weiterbildung im Sinne dieses Gesetzes betreiben. Sie gelten damit als zugelassene Weiterbildungseinrichtungen.“ Dieser Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktion der SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und F.D.P. abgelehnt, während die Anträge zu Paragraph 7, in dem die Absätze 1 und 2 um die Worte „nach Anhörung des zuständigen Ausschusses“ ergänzt werden sollen, einstimmig angenommen wurden.

Der Sprecher der SPD-Fraktion, Ulrich Schmidt, legte für seine Fraktion die in der Ausschußsitzung am 7. März 1990 angekündigten Änderungsanträge zu den Paragraphen 1, 3 und 5 vor (siehe Landtag intern Nr. 5 vom 13. März 1990). Der Gesetzentwurf wurde mit den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen einstimmig angenommen.

Abschließend sprachen die Sprecher der Fraktionen, Ulrich Schmidt (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU) und Marianne Thomann-Stahl (F.D.P.) dem Vorsitzenden Karlheinz Bräuer (SPD) – der nicht mehr zum nächsten Landtag kandidieren wird – ihren Dank aus. Er habe, so die Sprecher, die Sitzungen immer sachkundig und trotz unterschiedlicher politischer Meinungen fair geleitet.

Literatur

Geschichtsvereine

Im März 1989 fand in Köln eine Studienkonferenz des Landschaftsverbandes Rheinland in Zusammenarbeit mit der Thomas-Morus-Akademie statt. Diese Tagung behandelte das Thema der Geschichtsvereine in Vergangenheit und Gegenwart. Gerade zum jetzigen Zeitpunkt eines sich immer mehr verstärkenden Geschichtsbeußtseins griff man damit ein aktuelles Problemfeld auf. Die Vorträge dieser Tagung sind jetzt in einer 130seitigen kleinen Publikation veröffentlicht worden.

Beiträge von Klaus Pabst über die Geschichtsvereine vor dem Ersten Weltkrieg und in der Zeit des Dritten Reiches, von Hugo Stehkämper über Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Geschichtsvereinen und Geschichtswerkstätten bis hin zu einem „Blick über den Zaun“ von Bernd Hey über neue lokalgeschichtliche Ansätze in den USA, in England und Frankreich machen die vorliegende Publikation zu einer überaus informativen Broschüre.

Besonders interessant sind die Thesen Pabsts zur Entwicklung der Historischen Vereine während des Nationalsozialismus. Er weist darauf hin, daß der — besonders im Saargebiet und im bis 1930 besetzten Rheinland — in der Zeit der Weimarer Republik stark ausgeprägte Nationalismus der meisten Vereine diese auch nach der „Machtergreifung“ noch einige Zeit lang weitgehend vor direkten Eingriffen des Regimes bewahrt habe. Erst 1934/35 sei dann in mehreren Stufen die Gleichschaltung der Vereine durch den NS-Staat erfolgt. Dazu zähle speziell für die Rheinprovinz die Gründung der „Arbeitsgemeinschaft rheinischer Geschichtsvereine“. Die Reaktion der einzelnen Vereine, betont Pabst, sei unterschiedlich gewesen. Während die größeren sich vor allem gegen „Zentralisierung“ gewehrt hätten, habe die Arbeitsgemeinschaft für viele der kleineren Vereine sogar eine organisatorische Hilfe bedeutet. Vielfach hätten die Vereine auch gerne die Förderung durch die Provinz angenommen, seien aber inhaltlich auf unpolitische Themen, wie Kulturgeschichte oder Geschichte des Mittelalters, ausgewichen.

Thomas Schneider

(Zu beziehen ist diese Publikation über die Thomas-Morus-Akademie Bensberg; Postfach 100346, 5060 Bergisch-Gladbach; „Geschichtsvereine, Entwicklungslinien und Perspektiven Lokaler und Regionaler Geschichtsarbeit“, herausgegeben von der Thomas-Morus-Akademie Bensberg, Bensberger Protokolle 62, Preis 10 Mark.)

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Helmuth Koegel-Dorfs, lädt im eigenen sowie im Namen des Leiters des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, zu einer ökumenischen **Landtagsandacht** ein. Sie findet am Donnerstag, 29. März 1990, um 8.30 Uhr im Raum E 3 Z 04 des Landtags statt.



Die guten Beziehungen zwischen dem israelischen Herzlia (90 000 Einwohner, nördlich von Tel Aviv gelegen) und dem nordrhein-westfälischen Marl standen im Mittelpunkt des Gesprächs, das Landtagspräsident Karl Josef Denzer (Mitte) mit dem Bürgermeister von Herzlia, Eli Landau (rechts), und Lothar Hentschel, SPD-Landtagsabgeordneter und Bürgermeister von Marl, links im Bild, führte.

Wohnungs- und Städtebaupolitik in 10. Wahlperiode

Schaffung und Erhaltung von preiswertem Wohnraum zentrale Aufgabe anfangs der 90er Jahre

Unterschiedliche Entwicklungen kennzeichneten die Wohnungs- und Städtebaupolitik in der 10. Legislaturperiode. Während die Politik der erhaltenden Stadterneuerung kontinuierlich weiterentwickelt werden konnte, war die Wohnungsbauförderungspolitik einem Wechselbad ausgesetzt. Kennzeichneten noch bis nach 1988 hinein Diskussionen um Wohnungsleerstände diesen Politikbereich, so stellt sich zu Beginn der 90er Jahre die Schaffung und Erhaltung von preiswertem Wohnraum als zentrale Aufgabe.

Federführend war der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen zuständig für die Weiterentwicklung des Rechts der Wohnungsbauförderung und des Abbaus der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen. Darüber hinaus befaßte er sich auch mit Gesetzen zur Änderung der Landesbauordnung sowie des Architektengesetzes. Besondere Beachtung galt der Rechtsentwicklung auf Bundesebene; hier waren es vor allem das Rahmengesetz zur Fehlbelegungsabgabe, die Aufhebung der Wohnungsgemeinnützigkeit, die Wohngeldgesetzgebung sowie das Baugesetzbuch einschließlich Nebenrecht.

Emscher-Park

Gute Wohnbedingungen, intaktes Wohnumfeld, ausreichende Kultur- und Freizeitangebote sowie Standortsicherung, Flächenrecycling und gewerbliche Standorterschließung waren die Arbeitsfelder der Stadterneuerungspolitik, die im Ausschuß ausführ-

lich diskutiert wurden. Hinzu kam die Begleitung der Internationalen Bauausstellung Emscher-Park. Mit diesem Projekt soll der vom Strukturwandel am stärksten betroffene Teil des Ruhrgebiets umfassend ökologisch und ökonomisch erneuert werden.

Nachdem die Wohnungsbauförderung Mitte der 80er Jahre bis 1988 massiv zurückgefahren wurde, rückte die Sicherung preiswerten Wohnungsbestandes in den Mittelpunkt der Erörterungen. Dabei war die Übernahme der „Neuen Heimat“ durch die Landesentwicklungsgesellschaft ein politisch stark umstrittenes Projekt, das in einem Teilbereich zur Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses führte. Seit 1989 werden nun wieder umfangreiche Wohnungsbauförderungsprogramme aufgestellt.

Weitere wichtige Themenfelder waren ökologisches Bauen und Umweltschutz, Einsatz heimischer Kohle im Wärmemarkt sowie Prioritäten im staatlichen Bauen und im Bauhaushalt. Hier wünscht der Ausschuß, daß ab 1991 ein gesonderter Bauetat dem Haushalt beigelegt wird.

SPD-Fraktion

Strukturwandel muß unter Dampf gehalten werden

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Friedhelm Farthmann hat Fraktion und Partei aufgefordert, sich jetzt wieder voll auf die politischen Aufgaben in Nordrhein-Westfalen zu konzentrieren. Es müsse darauf geachtet werden, daß bei allen notwendigen Hilfen für die DDR die Interessen des Landes nicht unter die Räder gerieten.

Farthmann verwies darauf, daß zum Beispiel die Probleme des heimischen Bergbaus noch nicht vom Tisch seien. Es gehe nach wie vor darum, die künftige Rolle heimischer Steinkohle bei der Energieerzeugung zu bestimmen. Nach Vorlage des Mikat-Berichtes, der in nächster Zeit zu erwarten sei, müsse peinlich genau darauf geachtet werden, daß als notwendig erkannte Anpassungsprozesse sozial abgefedert und ohne wirtschaftliche Einbrüche in den alten Montanregionen vorstatten gehen.

Der in Gang gekommene Strukturwandel müsse mit aller Kraft unter Dampf gehalten werden. Ebenso könne Nordrhein-Westfalen sich nicht auf umweltpolitischen Erfolgen ausruhen. „Der dickste Brocken, den wir hier aus dem Weg zu räumen haben, ist die Frage nach einer gesicherten Entsorgung, damit es im Industrieland Nordrhein-Westfalen nicht zu einem Entsorgungsnotstand kommt“, betonte Farthmann.

★

Der umweltpolitische Sprecher und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Gerhard Wendzinski, will nicht hinnehmen, daß Sonderabfälle aus West-Berlin nach Nordrhein-Westfalen gebracht werden, um in einer Essener Anlage verbrannt zu werden. Statt den Transport von jährlich 14 000 Tonnen Sondermüll nach Nordrhein-Westfalen zu beantragen, solle sich die Berliner Umweltsenatorin Michaela Schreyer für eine Müllverbrennungsanlage in ihrer Stadt einsetzen. „Wenn Frau Schreyer der Auffassung ist, die Verbrennung von Sonderabfällen aus West-Berlin sei für die Bürger des Ruhrgebietes zumutbar, kann sie dieselbe Auffassung auch gegenüber der Bevölkerung West-Berlins vertreten“, meinte Gerhard Wendzinski.

Jedes Land müsse zunächst einmal seinen Abfall selbst entsorgen. Das tue Nordrhein-Westfalen auch. Obwohl bei uns infolge der hohen Industriedichte und unter Einbeziehung der Massenabfälle aus Bergbau, Stahlproduktion und chemischer Industrie 70 Prozent der Sonderabfälle des Bundesgebietes anfielen, lehne die SPD für NRW den Export von Abfällen in andere Bundesländer ab. „Wir sind bereit, unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern klarzumachen, daß wir Entsorgungseinrichtungen benötigen, um den Müll, den wir produzieren, umweltverträglich zu beseitigen. Aber wir können niemandem klarmachen, daß Nordrhein-Westfalen noch der Lückenbüßer für Versäumnisse in anderen Bundesländern sein soll“, betonte Gerhard Wendzinski.

CDU-Fraktion

Vermarktung von Verbrechen muß verhindert werden

Der Vermarktung von Gewaltverbrechen durch die Täter will die CDU-Landtagsfraktion einen Riegel vorschieben. „Es ist ein unerträglicher Zustand, daß skrupellose Täter, wie zum Beispiel im Fall des Gladbecker Geiseldramas oder der Mordfälle Padberg das Interesse der Medien an den von ihnen begangenen Verbrechen zu ihrem finanziellen Vorteil ausnutzen“, begründete der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Hans-Ulrich Klose, einen entsprechenden Antrag der CDU-Landtagsfraktion. Das Prinzip, je brutaler und spektakulärer die Tat, desto lohnender das Geschäft, müsse endlich durchbrochen werden.

„Die Straftäter werden sonst in die Lage versetzt, hochdotierte Verteidiger zu verpflichten und sogar Sparguthaben für die Zeit nach ihrer Haftverbüßung anzulegen. Zudem besteht die Gefahr, daß ein psychologisches Klima geschaffen wird, in dem neue Gewaltdelikte gedeihen können, wenn Verbrechen nachträglich zu einem lohnenden Geschäft werden“, so Klose.

Vor allem aber für die Verbrechensoffer und deren Angehörige seien solche Geschäfte unerträglich. Sie würden durch die schonungslose Veröffentlichung ihrer Leidensgeschichte schutz- und wehrlos einem Medienspektakel ausgesetzt und empfänden dies oft als tiefe Demütigung. „Zur Würde des Menschen gehört auch das Recht, das auf diese Weise erfahrene Leid fern ab von öffentlicher Sensationshascherei verbreiten zu können“, erklärte Klose.

Deshalb fordert die CDU-Landtagsfraktion die Landesregierung in ihrem Antrag auf, zu prüfen, wie durch ein strafrechtliches Verbot und eine wirksame „Beschlagnahmeregulierung“ für die „Kaufsumme“ einer Vermarktung von Verbrechen in Zukunft entgegengewirkt werden kann.

Die strafrechtlichen Sanktionen sollten sich dabei sowohl auf den Verkauf als auch den Ankauf sowie die Vermittlung solcher Verbrechensgeschichten erstrecken.

Verfassungsrechtliche Bedenken sieht Dr. Klose nicht. „Sowohl die Rechte der Täter auf Vertragsfreiheit als auch die der Presse auf Meinungsfreiheit können auf diese Weise eingeschränkt werden, da die Vermarktung von Verbrechen gegen die Menschenwürde des Opfers und seiner Angehörigen verstößt“, so Klose abschließend.

*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen.

F.D.P.-Fraktion

F.D.P. klagt gegen Vergabe der fünften Hörfunkkette an WDR

Gemeinsam mit der CDU wird die F.D.P.-Landtagsfraktion eine Normenkontrollklage gegen die „9. Verordnung über die Zuteilung von Übertragungskapazitäten“ erheben, mit der SPD-Landesregierung und SPD-Mehrheit im Hauptausschuß des Landtages dem WDR eine fünfte landesweite Hörfunkkette zugewiesen haben. Gleichzeitig werden F.D.P. und CDU im Wege einer einstweiligen Anordnung eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes in Münster erwirken, mit der die Umsetzung der Frequenzverordnung zugunsten des WDR außer Vollzug gesetzt wird.

SPD-Landesregierung und SPD-Mehrheitsfraktion verstoßen gegen das Gebot der dualen Rundfunkordnung. Wenn wie der WDR zu seinen bisherigen vier Ketten eine fünfte Kette erhält und andere, private Bewerber für einen landesweiten Rundfunk leer ausgehen, dann gehört schon medienpolitische Sprachverwirrung dazu, noch von einem dualen Rundfunksystem zu sprechen. Hier sperrt die SPD ganz zielgerichtet privaten Rundfunk aus und vertröstet private Anbieter auf St. Nimmerlein. Daß diese Entscheidung neun Wochen vor der Landtagswahl fällt, zeigt, daß die SPD auch in Zukunft nicht bereit ist, privaten Medien eine Chance zu geben. Aber zur Meinungsfreiheit gehört auch Informationsvielfalt.

★

Dü-Bo-Do unverzichtbar

Die F.D.P.-Landtagsfraktion spricht sich eindeutig für eine zusätzliche Ost-West-Autobahnverbindung im Ruhrgebiet aus. Der bereits bei normalen Verkehrsverhältnissen außerordentlich dichte Verkehr auf der A 430/B 1 und die bei Spitzenbelastungen regelmäßig entstehenden Staus zeigen, daß der Ausbau des Autobahnnetzes im Ruhrgebiet bereits jetzt unzureichend ist. Der — viel zu spät — geplante Ausbau der A 430/B 1 reicht für den langfristigen Bedarf an leistungsfähigen Fernstraßenverbindungen im Ruhrgebiet nicht aus. Dies gilt besonders im Hinblick auf die Verkehrszunahme bis zum Jahr 2000 und zur besseren Anbindung an die europäischen Nachbarländer unter dem Gesichtspunkt des Gemeinsamen Europäischen Binnenmarktes 1993 und der Neuorientierung der Volkswirtschaften Ost-Europas.

Eine Südtangente ist notwendig, da die Unternehmen immer mehr auf einen schnellen, leistungsfähigen und nicht durch Nahverkehr überlasteten Zugang zur Rheinschiene, zur Messe und zum Flughafen Düsseldorf sowie auf eine rheinüberschreitende Verbindung nach Westen angewiesen sind. Notwendig für die Verbesserung der Straßeninfrastruktur im Ruhrgebiet ist außerdem die Weiterführung der A 52 als durchgehende Nord-Süd-Verbindung von der A 430 über die A 42 bis zur A 2. Dadurch würde eine gleichmäßigere Netzauslastung und eine weitere Umfahrungsmöglichkeit des Ruhrgebietes geschaffen.

Kommissionsbericht...

Fortsetzung von Seite 15

53 Prozent der Befragten es für richtig gehalten, daß immer mehr Fragen innerhalb der EG einheitlich geregelt würden, aber nur 40 Prozent seien der Meinung gewesen, daß die Interessen der Bürger gegenüber der EG ausschließlich von der Bundesregierung vertreten werden müßten, während immerhin 48 Prozent der Meinung zustimmten, daß gerade in einem einheitlichen Europa die Bedeutung der deutschen Bundesländer zunehmen müsse.

Vorsitzender John van Nes Ziegler und die Kommission verweisen darauf, daß der vorgelegte Bericht sich ausdrücklich als Bestandsaufnahme und Analyse der Entwicklung und der gegenwärtigen Lage des Föderalismus in der Bundesrepublik verstehe. Dieser eher analytische Charakter lege auch einen rechtsvergleichenden Ausblick nahe, um sich über Probleme anderer föderativ organisierter Staaten zu orientieren. Zur Bestandsaufnahme gehöre auch ein Überblick über bisherige „Therapievor schläge“ für das föderative System der Bundesrepublik Deutschland.

Nach Auskunft der Kommission sollen sie Grundlage für den zweiten Berichtsteil sein, der für Herbst 1990 vorgesehen sei und das Spektrum an Reformvorschlägen, das von Änderungen des Grundgesetzes und der Landesverfassung bis zur Modifikation der europäischen Verträge reiche, aufgreife und in konkrete eigene Reformvorschläge überführe. Besonderes Augenmerk werde dabei auf die Reform des Bundesrates oder die Bildung einer Regionalkammer auf EG-Ebene zu richten sein. Gleichzeitig empfehle die Kommission bereits jetzt dem Landtag eine Anzahl konkreter Maßnahmen, die sofort damit in der neuen Legislaturperiode und aus eigener Kraft verwirklicht werden könnten. Besonders hervorzuheben sei dabei die Empfehlung, einen eigenen Ausschuß für Bundes- und Europaangelegenheiten einzurichten, um den Landtag so in die Lage zu versetzen, an den zukünftigen Entwicklungen kompetent und gestaltend mitzuwirken, schließt die Kommission.

★

Gerlind Schaidt, bisher Korrespondentin der Kölnischen Rundschau in Düsseldorf und für die Landtagsberichterstattung zuständig, ist nunmehr im neuerrichteten Redaktionsbüro dieser Zeitung in Leipzig tätig. Sie wird sich dort mit Ereignissen in der DDR beschäftigen.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Karl Josef Denzer
Platz des Landtags 1, 4000 Düsseldorf 1,
Postfach 1143.

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: 8842303, 8842304 und 8842545, btx: # 56801*

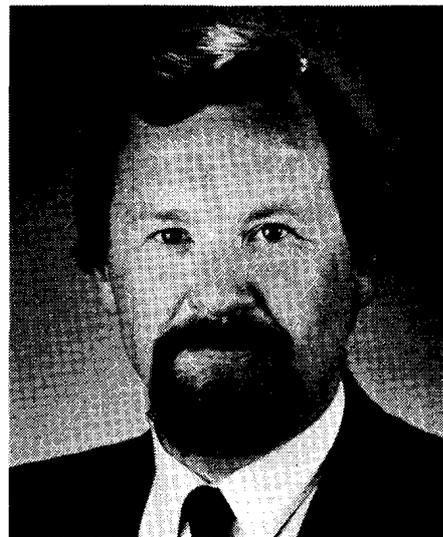
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraeds, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat: Reinhard Grätz MdL (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer; Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ruth Witteler-Koch MdL (F.D.P.), Stellvertretende Fraktionsvorsitzende; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Thomas Kemper (CDU), Pressesprecher, und Ulrich Marten (F.D.P.), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Herstellung: Trittsch Druck und Verlag, Düsseldorf
ISSN 0934-9154

Porträt der Woche



Lothar Hegemann (CDU)

1965 hat Lothar Hegemann (Jahrgang 1947) für sich die Politik entdeckt. Sie ließ ihn nicht mehr los. Der Mann aus Recklinghausen machte einen im Revier nicht unüblichen CDU-Weg: Über die katholische Jugend in die Junge Union. Die CDU im Ruhrgebiet — das ist ein Kapitel für sich. Sie wird fast erdrückt von den mächtigen Sozialdemokraten. Hegemann weiß um die süffisanten Bemerkungen, man habe sich inzwischen mit der Rolle des ewig Zweiten abgefunden und sei schon froh, ein paar politische Brotkrumen vom Tische der Herrschenden abzubekommen. Jawohl, da sei ein Fünkchen Wahrheit dran, aber als CDU-Kreisvorsitzender von Recklinghausen gebe er zu bedenken, daß man als CDU im Revier nicht jeden Tag Konfrontationskurs gegen die SPD steuern könne. „Wir müssen auch mal leise Politik machen.“ Hegemann trifft eine bildhafte Wortwahl: „Die SPD umarmt uns im Revier kräftig. Wenn wir dann nach Luft schnappen, steckt sie uns Zucker in den Mund in der Absicht, daß wir Karies bekommen.“ Den prominenten Kritiker der CDU im Ruhrgebiet, den F.D.P.-Vorsitzenden in NRW und Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann, nimmt sich der stämmige Abgeordnete kräftig zur Brust: Möllemann sei für ihn eine der schwächlichsten Figuren im Bundeskabinet; er habe nur den Vorteil, daß er das wenige, was er zu sagen habe, gut verkaufe.

Über den nordrhein-westfälischen Umweltminister Klaus Matthiesen (SPD) redet der Vorsitzende des Umweltausschusses des Landtages differenzierter. An Matthiesen imponiere ihm dessen korrekter Umgang mit dem Parlament; der Minister kenne die „Kleiderordnung“. Ein negativer Zug in Matthiesens Politik sei das teilweise unsachliche Vorgehen, das insgesamt der Umweltpolitik schade: „Wenn ich mich zum Thema Molkepulver, Kernenergie, Kälbermast unsachlich äußere, brauche ich mich nicht zu wundern, wenn die weniger informierten Leute draußen emotional und unsachlich reagieren und sagen, jetzt brauche man auch keine Müllverbrennungsanlagen mehr.“ Matthiesen kommt nach Hegemanns Ansicht mit dem Entsorgungsproblem nicht zurecht,

dabei sei es nicht etwa Fünf vor Zwölf, sondern schon später. Es sei falsch gewesen, die Müllentsorgungspläne den Regierungspräsidenten zu übertragen, das müsse das Land wieder an sich ziehen.

Beim Thema „Transrapid“ scheint den CDU-Abgeordneten zu stören, wie schnell die Landesregierung auf ein Nein zusteuert. „Transrapid“ sei eine Technologie, um die uns die ganze Welt beneide, es wäre nach dem Tod des THTR ein weiterer Anachronismus, die Magnetbahn-Technologie in NRW „sterben zu lassen“. Eine Eisenbahntrasse zerschneide die Landschaft mehr als die Transrapid-Strecke auf Stelzen. Hegemann: „Darunter kann sich Flora und Fauna entwickeln.“

Hegemann, der auch dem CDU-Landesvorstand angehört, hat wenig Verständnis für die jüngst in der CDU-Fraktion laut gewordene Kritik am Parteivorsitzenden Norbert Blüm wegen dessen mangelnder Präsenz im Lande. Natürlich wäre es gut, wenn Blüm permanent als Herausforderer von Johannes Rau hier aufträte, aber er sei nun einmal auch Bundesminister für Arbeit und Soziales in Bonn. Hegemann: „Niemand hat die Fähigkeit zur Bilokalität, und Blüm braucht auch nicht auf jeder Katzenkirmes aufzutreten.“

Der Privatmann Lothar Hegemann ist Sammler von Fotoapparaten, seit ihm ein Parteilfreund einst eine Leica geschenkt hat. Seine Dunkelkammer im Haus hat er inzwischen nicht mehr. Jedesmal, wenn er am politikfreien Sonntagabend dort verschwunden sei, habe der Hausseggen schief gehangen. Hegemann ist verheiratet, hat einen siebenjährigen Sohn und führt mit anderen Kollegen in Mülheim eine Versicherungs-Agentur.

Reinhold Michels

Zur Person

Geburtstagsliste

vom 3. 4. bis 8. 4. 1990

3. 4. **Dr. Horst-Ludwig Riemer** (F.D.P.), 57 J.
 5. 4. **Karl Knipschild** (CDU), 55 J.
 6. 4. **Franz Brodowski** (SPD), 68 J.
 7. 4. **Helmut Kupski** (SPD), 58 J.
 7. 4. **Helmut Marmulla** (SPD), 57 J.
 7. 4. **Paul Mohr** (CDU), 54 J.
 8. 4. **Johannes Pflug** (SPD), 44 J.

Zwei Bewertungen des Geiseldramas

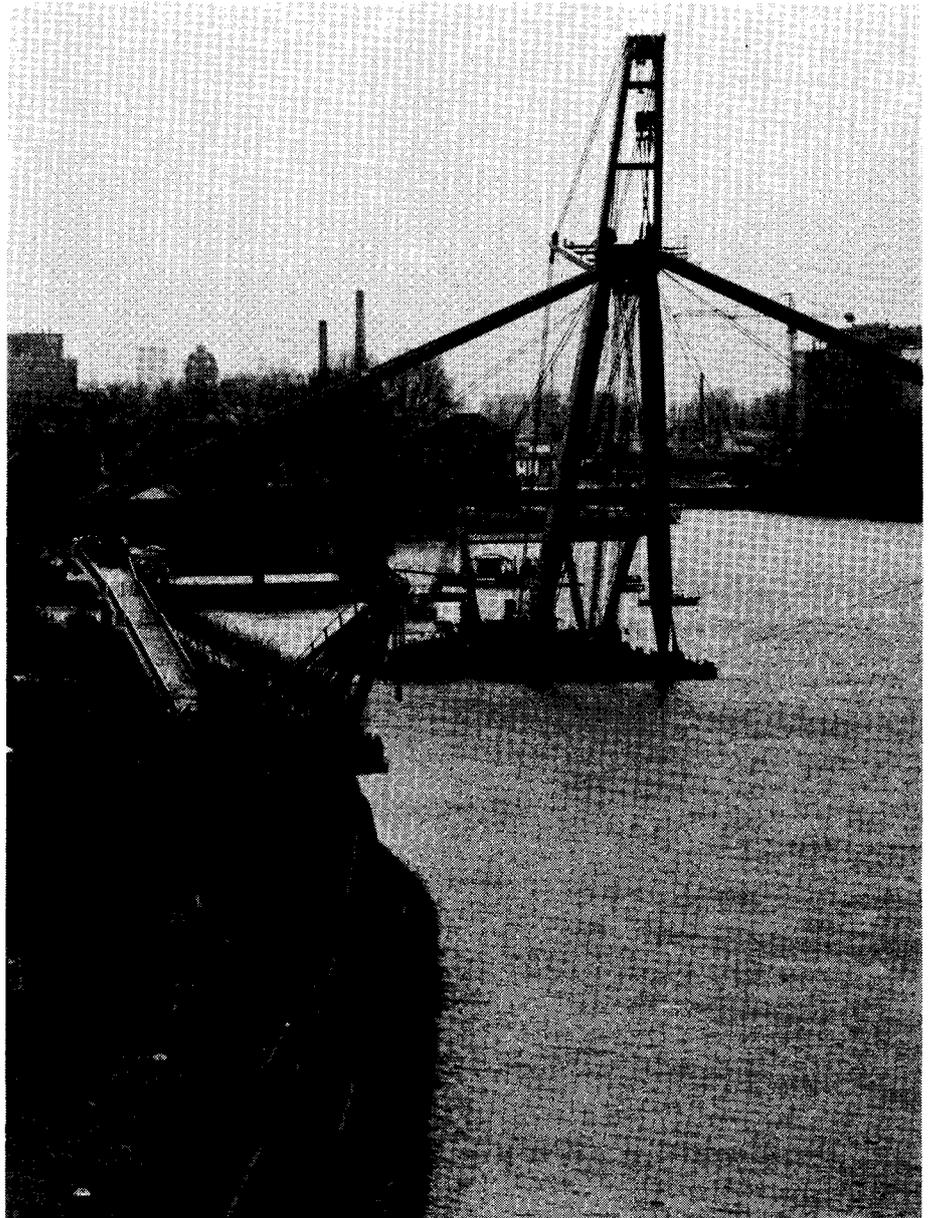
Mit erheblichen Meinungsverschiedenheiten zwischen der SPD-Fraktion und den Oppositionsfraktionen von CDU und F.D.P. ist der Parlamentarische Untersuchungsausschuß III zum Gladbecker Geiseldrama unter dem Vorsitz von Heinz Lanfermann (F.D.P.) zu Ende gegangen. Nach 52 Sitzungen und der Vernehmung von 112 Zeugen kommt die SPD-Mehrheit, die ihre eigene Fassung des Schlußberichts durchsetzte, zu der Erkenntnis, weder der nordrhein-westfälischen Polizei noch Innenminister Herbert Schnoor (SPD) seien Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Ausgang der dreitägigen Geiselnahme zu machen. Die Oppositionsfraktionen vertreten dagegen die Ansicht, die Tat, bei der drei Menschen ums Leben kamen, hätte bereits zu einem früheren Zeitpunkt risikolos beendet werden können. Der Berichtsentwurf des Vorsitzenden wird als Sondervotum von CDU und F.D.P. dem Schlußbericht angefügt, der am Donnerstag, 29. März im Plenum beraten wird.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) ist im Schloß Benrath der Landeshauptstadt Düsseldorf mit dem Verdienstorden des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet worden. Damit wurde das politische Engagement des Ersten Vizepräsidenten des Landtages gewürdigt. Klose nahm die Auszeichnung aus den Händen von Ministerpräsident **Johannes Rau** (SPD) entgegen. Klose gehört dem Landtag seit 1966 an und ist seit 1982 Vizepräsident. Der Richter a.D. aus Korschenbroich ist auch justizpolitischer Sprecher seiner Fraktion. Ebenfalls mit dem Landesorden wurde der SPD-Abgeordnete **Richard Winkels** aus Warendorf geehrt. Der ehemalige Journalist gehört dem Landesparlament mit Unterbrechungen seit 1961 an und war bis zum Ende der neunten Legislaturperiode Vizepräsident. Richard Winkels ist Präsident des Landessportbundes.

★

Ursula Kraus (SPD), Landtagsabgeordnete und Oberbürgermeisterin von Wuppertal, ist zur stellvertretenden Vorsitzenden des nordrhein-westfälischen Städtetages gewählt worden. Frau Kraus gehört dem Landesparlament seit 1980 an. Neuer Vorsitzender des Städtetages wurde der Aachener Oberstadtdirektor **Heiner Berger**. Er löste den Duisburger Oberbürgermeister **Josef Krings** ab.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Präzisionsarbeit leistete ein 400-Tonnen-Schwimmkran aus Rotterdam an der Düsseldorfer Hafeneinfahrt. Er hievte bei hohem Wasserstand eine vormontierte Brücke, die seit Oktober vorigen Jahres auf dem Kai gelegen hatte, in ihre endgültige Position. Die für Fußgänger und Radfahrer bestimmte Brücke in Sichtweite des nordrhein-westfälischen Landtages hat eine Stützweite von 96 Metern und 20 Meter Höhe sowie ein Gesamtgewicht von 278 Tonnen. Sie hätte schon längst zur Benutzung freigegeben werden sollen. Aber der Rhein spielte nicht mit. Der für den Tiefgang des zur Montage erforderlichen Schwimmkranes notwendige Wasserstand von 2,5 Metern wurde entgegen den Erfahrungen der Vorjahre nicht erreicht. Erst das Hochwasser im Februar machte den Brückenschwenk möglich. Die Brücke ist wesentlicher Bestandteil im Radwegnetz der Landeshauptstadt Düsseldorf. Von Wittlaer im Norden bis Urdenbach im Süden ist jetzt eine durchgehende Verbindung hergestellt. Besucher des Landesparlaments haben nun auch die Gelegenheit zu einem längeren Spaziergang am Rheinufer. Bisher stellte die Einfahrt des Hafens ein unüberwindliches Hindernis auf der attraktiven Strecke entlang des Stromes dar.

Foto: Schüler